

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementssatz für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mf., für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postscheckkonto Nr. 58477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13890. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 geblattete Kolonialzeile oder deren Raum 1.90 Mf., bei Blattvorlage 2.30 Mf.; Familiennotizen, die 7 geblattete Zeile 1.70 Mf. Reklame-Kolonialzeile 7.50 Mf. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Aussträger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Ultimatum der Alliierten. Beziehungen und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen.

Paris, 3. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt in der Vaga zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

1. Die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt.
2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage für die Beziehung bleiben, wobei wahlgemerkte die beiden Parteien sich über die Durchführungs möglichkeiten einigen können.

3. Die deutsche Abordnung wird vor eine Höchstzeit von vier Tagen gesetzt, um ihre Annahme des Abkommen vom 29. Januar einzugeben.

4. Falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenhüsen besiegen. Wenn Deutschland weiterhin bei seiner Abschaltung verzerrt, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen betroffen werden, wie zum Beispiel: a) Erhöhung der Hälfte des Erlasses aus den Verträgen Deutschlands im alliierten Ausland; b) Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, die das linke Rheinufer vom rechten Deutschland trennt, und zwar unter der Aufsicht der Reparationskommission.

Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

In das Exekutivkomitee der Arbeitsgemeinschaft wurden in der Schlusssitzung der Wiener Internationalen Konferenz gewählt: Crispin, Bedebour (Deutschland), Wallhead, Shinwell (England), Bracke, Longuet (Frankreich), Adler, Starek (Österreich), Martow, Schreiber (Rußland), Gruber, Grimm (Schweiz), Kolanin (Jugoslavien), Wilzin (Pettland), Januszkielowicz (Pittauen), Kaplansky (Boleslawic Zion), Pitschner (Rumänien), Czermak (Tschecho-Slowakei), Kunff (Ungarn).

Das Exekutivkomitee trat am 27. Februar zu seiner Konstituierung zusammen und wählte ein fünfgliedriges Bureau. Es setzt sich zusammen aus den Mitgliedern der in Bern eingesetzten Kommission, die auch das Präsidium der Wiener Konferenz bildeten: Adler-Wien, Grimm-Bern, Bedebour-Berlin, Longuet-Paris, Wallhead-Manchester.

Als Sekretär wählte das Exekutivkomitee Friedrich Adler-Wien.

Gämtliche Zuschriften in Angelegenheiten der internationalen Arbeitsgemeinschaft sind an den Sekretär Friedrich Adler-Wien V, Rechte Wienzeile Nr. 97, zu richten.

Das Exekutivkomitee lernt vor allem die Ausmerksamkeit der sozialistischen Parteien auf den Beschluss der Wiener Konferenz, sofort an die Organisation von Versammlungen und Kundgebungen zu schreiten. Die erste dieser Kundgebungen, die sich gegen die Pariser Beschlüsse, gegen den Militarismus, für die allgemeine Revision der Friedensverträge, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität aussprechen soll, wird am 18. März in allen großen Städten stattfinden.

Metallarbeiterausperrung in Wehlau.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung der R. R.) Die Rote Fahne erfährt über eine Metallarbeiterausperrung in Wehlau aus Frankfurt a. M.: Die Zahl der Ausgesperrten ist inzwischen auf 15 000 angewachsen. Auf den Kohlgruben, die die Wehlauer Metallindustrie beliefern, wurden Feuersechsen eingelegt. Zwei weitere Hochöfen stehen trock der Belebung der Roßstandesarbeiter langsam vor der Gefahr des Erlösches. Für den Protest des Lahner Arbeitgeberverbandes gegen das Eingreifen des Reichsministeriums in den Lohnkonflikt hat sich der Arbeitgeberverband für Oberhessen ausgesprochen mit der Drohung, die Ausperrung auf ganz Oberhessen auszudehnen. Mehrere Betriebe haben erklärt, nur die Hälfte der jüdischen beschäftigten Arbeiter, und zwar zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen zu können. Die Forderung der Kommunisten, daß die Gewerkschaften die Arbeiter geschlossen in die Betriebe hineinführen und unter Leitung der Betriebsräte die Betriebe wieder in Gang bringen sollen, findet bei den Ausgesperrten großen Anklang. Eine kommunistische Versicherung, die mit großer Reserve aufzunehmen ist. Es gehört nicht viel Nachdenken dazu, einzusehen, daß solche Aktion nur dann Erfolg haben kann, wenn einmal die nötigen Kräfte für die Leitung zur Verfügung stehen und wenn ferner die politische Macht in den Händen der Arbeiter ist. Morgen finden im Industriegebiet zwei kommunistische Protestversammlungen gegen die Arbeitgeberabsatze statt.

Die Londoner Verhandlungen.

Die Gegenvorschläge.

W. O. Ein geheimnisvolles Dunkel war diesmal über die Beratungen der deutschen „Sachverständigen“ geblieben, in denen man ein Rezept ausflügeln wollte, mit dem man die Bedürfnisse und Hoffnungen der siegreichen Völker befriedigen und gleichzeitig die deutsche Wirtschaft möglichst wenig schädigen könnte. Selbst Sensationsberichterstatter wagten diesmal nur zaghaft ihre frei erfundenen Meldungen in die Welt zu posaunen. Nur etwa so stupido „Journalisten“ wie der kommunistische Berliner Korrespondent der amerikanischen kapitalistischen Standardzeitung wagten Ziffern über das deutsche Angebot in die Welt zu telegraphieren. Die Teilnehmer der Beratungen hielten diesmal nicht und in den Regierungsräumen war man selbst so wenig über den Verlauf der Verhandlungen orientiert, daß nichts in die Öffentlichkeit drang. Ja selbst die sonst ewig plaudernden bürgerlichen Abgeordneten, die von den deutschen Gegenvorschlägen Kenntnis hatten, haben sich diesmal zum Schweigen ausdrücken können.

Zeigt, nachdem die Gegenvorschläge bekannt sind, kann man verstehen, warum diese strenge Geheimhaltung vorgenommen wurde. Die Gegenvorschläge sind auf allen Seiten mit großer Enttäuschung aufgenommen worden. Wie immer die Verhandlungen sich weiter entwickeln mögen, so wird es doch für die Zukunft wichtig sein, einmal in aller Ruhe lebt festzustellen, was man von den deutschen Gegenvorschlägen erwarten durfte und was sie in Wahrheit gebracht haben.

Der Hauptfehler der in Paris aufgestellten Forderungen der Entente bestand in dem Experimentieren mit Ziffern, mit denen man die Augen der nationalistisch verhetzten Massen, die auf ihren Sieg pochten und die Freiheit dieses Sieges forderten, aufzudenken hoffte. Über hat ja ein Politiker ernsthaft daran geglaubt, daß große Nationen einen über 42 Jahre laufenden Tribut-Vertrag abschließen könnten? Hat es je in der Geschichte ein Beispiel für die Möglichkeit einer solchen politischen Abmachung für ihre Dauerhaftigkeit, ja auch nur für den Versuch eines solchen Vertrages gegeben? Gibt es in der Geschichte einziges Beispiel dafür, daß mehr als 4 Jahrzehnte vergehen, in denen die politische Situation sich nicht grundlegend geändert hat, in denen nicht alle Verträge und Abmachungen mehr als einmal durch die Wucht der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gelöst oder zerstochen und zerstört wurden?

Diese Illusion zu zerstören durch Gegenvorschläge, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen, die der allgemeinen weltwirtschaftlichen Krise gerecht wurden, das war die Aufgabe, die die Bearbeiter der deutschen Gegenvorschläge zu lösen hatten. Was aber haben diese „besten Köpfe des deutschen Volkes“ zustandegebracht? Sie haben das Zahlenexperiment der Ententepolitiker ihren eigenen Betrachtungen zugrunde gelegt und nur noch wirrere, sinnlose Zahlenexperimente darauf aufgebaut. Das Geschickliche aber bei diesen Vorschlägen ist, daß diese Zahlenexperimente nicht nur diese Situation nur noch verschärft gestalten, sondern daß sie eines ehrlichen Unterhändlers nicht würdig sind. Die deutschen Gegenvorschläge legen die Summe von 226 Milliarden Goldmark zugrunde, diskontieren sie mit 8 Prozent rückwärts um 42 Jahre und errechnen so eine losart zu zahlende Schuldsumme von 58 Milliarden Mark. Nach Abzug der bisher geleisteten Wiedergutmachungsleistungen, deren Unterschreitung allerdings mit Recht gefordert werden darf, will man dann noch eine Schuldsumme von zirka 85 Milliarden Goldmark anerennen. Sollte das Angebot ehrlich sein, so müßte man diese 85 Milliarden sofort bezahlen können. Das ist aber nicht der Fall. Wir können selbstverständlich eine solche Summe nicht aufbringen, und deshalb versucht man, sie im Anleiheweg am internationalen Geldmarkt zu beschaffen. Selbstverständlich will man für diese Anleihe nicht 8 Prozent Zinsen zahlen, sondern einen weit niedrigeren Satz und verzögert außerdem Vorzugsschreie für die deutsche Anleihe, so unter anderem die Steuerfreiheit. Mit andern Worten: man willt einen Teil der Zinsenschuld auf die ganze übrige Welt ab. Dieser Gedanke ist zunächst an sich nicht unrichtig. Wenn es überhaupt noch eine Lösung dieser kapitalistischen Krise gibt, was angesichts der heutigen wirtschaftlichen Lage höchst zweifellos erscheinen muß, so geht das nur auf dem Wege einer internationalen Vereinigung über die Verteilung der finanziellen Lasten. Aber das hätte man ehrlich aussprechen müssen und hätte nicht den Versuch machen dürfen, es auf Hintertreppen mit solchen Zahlenexperimenten zu erreichen.

Das Schlimmste aber ist daß auch die Begebung einer 85-Milliarden-Anleihe zur Zeit völlig unmöglich ist und daß man eine Teilanleihe von 8 Milliarden zunächst auflegen will. Die Restschuld soll aber nur mit 5 Prozent verzinst werden. Das ist ein Geschäft, das man im täglichen Leben zum mindesten als unfair bezeichnen würde. Ein Käufer, der den ihm zugesicherten Rabatt von 8 Prozent bei Barzahlung zunächst einmal von der

Rauflümm in Abzug bringt, dann aber anstatt der Barzahlung nur eine Teilzahlung leistet und die Rauflümm dann anstatt mit 8 Prozent mit 5 Prozent verzinst will, dürfte kaum einen Kaufmann finden, der willig wäre, mit ihm ein solches Geschäft einzugehen.

Das einzige wirklich Brauchbare an den deutschen Gegenvorschlägen sind die Jahresleistungen im Vertrage von einer Milliarde Goldmark. Hier hätte der Hebel angehoben werden müssen, hier mußten genauso bis in die Einzelheiten ausgearbeitete Gegenvorschläge unterbreitet werden, denn nur mit Hilfe dieser planmäßig organisierten Sachleistungen, die den Bedürfnissen der durch den Krieg so schwer in Mitleidenschaft gezogenen Volksteile Frankreichs Rechnung tragen müssen, konnte der Weg der Verständigung gefunden werden. Hier aber schwächt des Sängers Höflichkeit. Und man kann Lloyd George durchaus verstellen, wenn er erklärt, daß die deutschen Vorschläge eine Verlängerung der Bedürfnisse der jetzigen politischen Situation bedeuten. Diese Leistung der „besten Köpfe des deutschen Volkes“ ist feine, auf die wir stolz sein können.

Die deutschen Gegenvorschläge haben in der Tat in der Welt, wie der Minister Simons angekündigt hat, ein Erstaunen ausgelöst, aber ein Erstaunen über die politische Unfähigkeit, mit der unsre führenden Männer der Situation gegenüberzustehen. Es ist kaum anzunehmen, ja nicht einmal zu wünschen, daß die deutschen Gegenvorschläge die Basis für Verhandlungen in London bilden werden. Ebenso wenig sind aber die Phantasieprodukte des Herrn Lloyd George und Briand geeignet, den Weg der wirtschaftlichen Verständigung zu weisen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Konferenz noch eine neue Basis für ihre Verhandlungen findet, denn, nichts wäre törichter, als wenn die Ententepolitik jetzt in der Tat zu Sanktionen greifen würde, zu Zwangsmäßignahmen, deren einzige Folge der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens und somit der europäischen, wenn nicht der Weltwirtschaft sein würde.

Der Wortlaut der Gegenvorschläge:

London, 1. März. Die deutschen Gegenvorschläge haben folgenden Wortlaut:

„Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 sind, wie in den überreichten Dokumenten ausgeführt, wirtschaftlich und finanziell unerfüllbar. Deutschland ist jedoch bereit, bei seinen Gegenvorschlägen bis an die Grenze der Möglichkeiten zu gehen, die sich bieten würden, wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich verbessert wäre. In dieser Hoffnung hält die Deutsche Regierung die Ausstellung eines Zahlungsplanes auf folgender Grundlage für möglich.“

a) der Wert der von alliierter Seite gesuchten 42 Unnützkeiten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückabwicklung der Unnützkeiten mit acht Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Eine ähnliche Ziffer ist auch in Annahmen der alliierter Preise wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark sind die gesamten bisherigen Zeitungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie auf Reparationskonto gutgeschrieben sind, in Aussicht zu bringen. Ein geringerer Abzug für die Vorleistungen würde auch Gesamtzahlungen bedingen, welche über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verhältnisweise erwartet werden kann. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gewichtige Sachverständigenkommission den genauen Wert der Vorleistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von den oben angegebenen Zeitwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Unnützkeiten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege internationaler Anleihe beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den gesamten Betrag oder auch nur den größeren Teil bezahlen in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teil-Mobilisierung angestrebt sein. Zu diesem Zweck ist Deutschland vor, eine Anleihe im möglichst großen Umfang, etwa bis zu 8 Milliarden Goldmark, auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1½ Prozent nach fünf Jahren einzehen. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren.

Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre die Zahlung einer Anuität von 1 Milliarde Goldmark. Diese Anuität werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierter Bevölkerung eingeschafft werden. Deutschland erklärt seinerneue seine Bereitschaft, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch die Leistungen sind auf die Anuität zu verteilen. Der Betrag der deutschen Reparationshöhe, der nicht losgelöst durch die internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Wegen dieser Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die oben erwähnten Anuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Aussicht.

Der Zinsbetrag, welcher hierauf etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalhöhe zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben

vorbehalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilschläge im Wege der internationalen Ausleihe ausgegeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Verträgen vereinbarte 12-prozentige Abgabe von vor deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands beweist. Der Grundgedanke einer Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Verbesserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Verstärkung gefunden, daß die vorliegenden Vorschläge sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung des Anfangs in Rechnung stellen.

c) Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands aus Teil VIII Abschnitt I nebst Anlagen und Teil IX des Vertrages von Versailles sind als abgeschlossen anzusehen. Das gleiche gilt von der Begebung des Großfürsten zur Kriegsgericht (Art. 109) und von der Röhr aus Teil X ergebenden Verpflichtung Deutschlands, die Liquidation und Inbesitznahme des in den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatvermögens zu dulden. Unberücksichtigt bleibt die Verpflichtung Deutschlands zur Restitutions aus Artikel 238. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Voransetzung des Art. 481 des Vertrages von Versailles als eingetretet gilt, sobald der gesamte zu a) festgesetzte Betrag gezahlt ist. Voransetzung für die vorliegenden Vorschläge ist: a) daß die Alliierten in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ausstehen und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland befreien wird; b) daß die Hemmungen des Weltwirtschaftskonvents beseitigt und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.

Ein Meisterstück der deutschen Diplomatie.

Die deutschen Gegenvorschläge liegen nun im Wortlaut vor. Sie sind an anderer Stelle unseres Blattes einer eingehenden Kritik unterzogen worden, es sei daher an dieser Stelle nur zusammenfassend, was Deutschland zu zahlen anbietet: einen Gesamtbetrag von etwas über 50 Goldmilliarden, von dem die bisherigen Leistungen abgezogen werden, die von Deutschland auf 20 Goldmilliarden geschäfft werden, während die Entente sie auf kaum die Hälfte bemüht. Als Zahlungsmodus schlägt Deutschland vor: Ausnahme einer internationalen Steueraufschlüsselung von 8 Goldmilliarden, für die Deutschland den Zinsendienst und nach fünf Jahren eine allmäßliche Tilgung übernimmt; ferner 5 Miliarden von je einer Goldmilliarde; über die Tilgung der Röhrschuld soll erst nach Ablauf dieser fünf Jahre verhandelt werden. Die zwölfsprozentige Ausfuhrabgabe oder eine sonstige Beteiligung der Alliierten an einer Besserung unserer Wirtschaftslage wird abgelehnt. Mit der Zahlung dieses Betrages gelten sämtliche Zahlungspflichtungen, die sich aus dem Friedensvertrag ergeben, auch die der Kosten der Besatzungstruppen, ihr abgezahlt, außer der Verpflichtung, den Wert der geraubten Tiere, Gegenstände, Wertpapiere usw. zurückzuerstatten (Artikel 238). Deutschland erklärt sich aber nur unter gewissen Bedingungen zur Zahlung bereit, deren wichtigste die Befreiung Oberschlesiens bei Deutschland und die Aushebung der Liquidation des deutschen Eigentums in den Entente-Ländern sind.

Unterzieht man diese Gegenvorschläge einer genauen Prüfung, so findet man alles, was die Welt bisher an dummköpfiger Vornehmheit und dem vollständigen Mangel an der Fähigkeit, sich in die Psychologie des Verhandlungsgegners hineinzuversetzen, bei der deutschen Diplomatie schaudern muhte, übertrifft. Wenn die deutsche Regierung beabsichtigt hätte, die auseinanderstrebenen Interessen Englands, Frankreichs und Italiens auszugleichen und diese Staaten möglichst fest zusammenzuschweißen, so hätte es ihr nicht besser gelingen können, als durch die Überreichung dieser Gegenvorschläge. Es ist darum verständlich, daß die gesamte alliierte Presse in seltener Einmütigkeit die Gegenvorschläge rundweg ablehnt, die französischen imperialistischen Blätter mit höhnischer Schadenfreude und die gemäßigten englischen und italienischen Blätter mit einem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß Deutschland durch seine Haltung der extrem imperialistischen Richtung den Sieg so leicht gemacht und die Gefahr der schwersten militärischen und wirtschaftlichen Zwangsmahnnahmen herausbeschworen hat.

Auch wir bedauern aus diesen Gründen die besondere Unmöglichkeit der deutschen Diplomatie, die in ihren Gegenvorschlägen zum Ausdruck kommt. Abgesehen davon aber bedeuten in unseren Augen auch die deutschen Gegenvorschläge nur eine weitere Befreiung unserer Aussicht, daß eine befriedigende Lösung der Wiedergutmachungsfrage auf kapitalistischer Grundlage auf einem Wege gefunden werden kann, da die kapitalistische Organisation der Wirtschaft dazu unsfähig ist, die sichtbaren Verlustungen dieses grauenhaften Krieges wieder gutzumachen und den Wiederaufbau und die Befriedung der Wirtschaft herbeizuführen. Daran könnten auch die geschicktesten und feinst ausgewähltesten Wiedergutmachungsvorschläge oder Gegenvorschläge nichts ändern.

Wir lassen im Nachfolgenden die Telegramme folgen:

Die deutschen Gegenvorschläge — unannehmbar und undiskutabel.

Paris, 1. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, daß das Hauptergebnis der Nachmittagsitzung der alliierten Vertreter sei der einstimmige Besluß gewesen, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und sogar als undiskutabel erachtet werden seien. Bei Beginn der Sitzung hätten Loucheur, Jaspard und Thénisius eine gebragte Kette der deutschen Gegenvorschläge gegeben. Sie hätten zuerst erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 32 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vermittelt einer Anleihe aufbringen wollten, würde dies die Belastung Deutschlands noch mehr vergrößern. Als Ansatz hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnung vorteilhafter sei, als ein solcher von 5 Prozent. Auch an der Abschätzung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die vereinten Minister Kritik geübt. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelschiffen auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach alliiertem Schätzungen nur 700 Millionen Mark beträgt. Die Vorschläge, betreffend die internationale Anleihe, hätten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland bezeichnet wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen. Da an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders über Oberschlesien, seien als unverhältnismäßige Verleugnung des Friedensvertrages bezeichnet worden, ebenso die Vorschläge zur Feststellung der Zahlungen in natura. Ansonsten hätten die alliierten Delegierten beschlossen über den deutschen Plan nicht weiter zu beraten. Morgen früh 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammengetreten.

Sanktionen!

London, 2. März. Reuter erfaßt aus französischen Kreisen, daß folgende Sanktionen auferlegt werden sollen, falls

Deutschland die Forderungen der Alliierten zuläßt: Erhebung einer hölzernen Abgabe auf deutsche nach alliierten Ländern eingeführte Waren, Errichtung einer Zollschranke, die das linke Ufer des Rheins vom rechten trennt, Besetzung der deutschen Kohlenhäuser auf dem rechten Rheinufer und schließlich als letztes Mittel Beschlagnahme der deutschen Flotte.

Beratungen über Zwangsmahnahmen.

London, 3. März. (T.U.) Die Alliierten sind gestern nachmittag zur Besprechung der Zwangsmahnahmen zusammengetreten, wie im Falle einer Ablehnung des Pariser Vertrages festgestellt worden. In der Linie ist untersucht worden, ob der Weg, den die Deutschen eingeschlagen haben, juristisch einer Verletzung des Pariser Vertrages gleichzustellen ist und ob die Alliierten berechtigt sind, die in Aussicht genommene Zwangsmahnahmen in Kraft treten zu lassen. Wie verlautet, sind diese beiden Fragen bejaht worden. Wie die Blätter aus gutunterrichteter Quelle erschienen, wird man sich wahrscheinlich für die Belebung bestimmter Industriebedürfnisse und für die Errichtung eines alliierten Zolldienstes am Rheine entscheiden. Man erwartet, daß den Deutschen am Donnerstag mitgeteilt werden wird, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, falls sie ihre Haltung nicht ändern.

London, 3. März. (T.U.) Reuter meldet: Zwei Streitfragen beherrschen augenscheinlich die Lage: ob die Löschung der ersten Lage in die Hände Gelegs gelegt werden soll, oder ob Deutschland vielleicht noch im letzten Augenblick seine Haltung ändern wird. Verschiedene juristische Sachverständige sind der Meinung, daß die Zwangsmahnahmen auf Grund des Pariser Vertrages vor dem 1. Mai unmöglich sind. Derartige Maßnahmen vor dem 1. Mai würden den Bruch des Pariser Vertrages bedeuten.

Militärische Ultionspläne der Franzosen.

London, 2. März. (T.U.) Die Pläne der Franzosen, die im Falle einer Weigerung Deutschlands, die Entschädigungspläne auszuführen, zur Anwendung gebracht werden sollen, werden fast von der ganzen englischen Presse besprochen. Dafür gibt es nicht folgenden Aktionsplan wieder, den er aus einer französischen Quelle zu haben vorgibt. Danach würden die Belgier die Gegend von Dortmund besetzen, während die Franzosen sich der Stadt Frankfurt a. M. bemächtigen wollen, um dann später nach Süddeutschland einzudringen, unter Umständen sogar bis München. Auf dem Wege wüssten sie dann die Einwohnerwehren mit Gewalt ihrer Waffen zu überwinden. Der Hafen von Hamburg soll durch eine alliierte Flotte blockiert werden. Wenn England sich dazu nicht bequemen sollte, würden die Franzosen auch diese Aktion übernehmen.

Noch eine Verhandlungsmöglichkeit?

London, 2. März. Wie der Star mitteilt, glaubt man, es sei sicher, daß den deutschen Delegierten eine Gelegenheit gegeben werden wird, ein neues Angebot zu unterbreiten, bevor die Konferenz abgebrochen wird.

Berliner Preßstimmen.

Berlin, 3. März. (Eigens Drahtmeldung der L. B.) Die Berliner Morgenpost ist heute noch ratsloser als gestern. Die Art, in der die deutschen Gegenstände unterbreitet sind, und die Form, in der sie aufgemacht wurden, sind sofort als lästig und schärfstens kritisiert. Niemand wagt mehr ernsthaft die Vorschläge zu verteidigen. In der Wandeshalle des Parlaments erklärten gestern die Politiker, die für die deutschen Gegenstände sich einzuhaken, sie nötig halten, daß diese Vorschläge in der Tat die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit erreichen. Das war aber auch alles, was man für sie sagen konnte. Daß ihre Form den Bedürfnissen der weltwirtschaftlichen Lage entspricht, wagt niemand zu behaupten. In der Morgenpost herrscht aber nicht nur in Bezug auf die deutschen Gegenstände allgemeine Verwirrung, sondern auch die von den Blättern entstandenen Sonderkorrespondenten sind offenbar in London ohne jede Informationsbasis. Die Meldungen tragen den widersprechendsten Charakter und zeigen alle, daß sämtliche Korrespondenten der bürgerlichen Blätter sich ihre Nachrichten im wesentlichen aus Kombinationen aufgefangerter Sitzschreiber zusammenlegen. Der Korrespondent der Börsischen Zeitung erklärt: „Die heutige Konferenz der Alliierten mit ihren Sachverständigen wird ihren Ausbruch in einer Note finden, die keinerlei Verhandlungsmöglichkeiten bietet, sondern den Charakter eines Ultimatums tragen dürfte. Zur Stunde ist es möglich, darüber Vermutungen anzustellen, ob es sich um ein langfristiges Ultimatum oder um eine Note mit kurzer Bedeutung handeln wird. Ein Gerücht will wissen, daß alle militärischen Vorbereitungen zu einem Einmarsch schon in aller Eile getroffen seien, so daß man davon ausgehen kann, daß das zu überreichende Schriftstück ein ganz formelles Ultimatum sein wird. Falls Deutschland auf ein solches Ultimatum antwortet, wird vornehmlich erklärt werden, daß die gestern überreichten Gegenvorschläge wirklich die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit darstellen, höchstens in unwesentlichen Punkten abändern werden können.“

Der Korrespondent des Berliner Tagesspieles erklärt: „Nachdem die Alliierten die juristischen und wirtschaftlichen Sachverständigen befragt haben, wurden die militärischen zu Rate gezo gen, für gestern abend war eine neue Konferenz angezeigt. Das Redaktionsteam des Pariser Vertrages ist beauftragt die Verhandlungen Deutschlands gegen den Pariser Vertrag festzustellen. Die endgültige Vollsignatur mit den deutschen Delegierten wird Donnerstag, mittags 12 Uhr, stattfinden. Edward George wird in dieser Sitzung die Antwort der Alliierten auf die Vorschläge Dr. Simons mitteilen.“

Die Tägliche Rundschau erfährt von ihrem Berichterstatter, daß die englische Regierung ihren Widerstand in der Frage der militärischen Strafmission gegen Deutschland aufzugeben habe. Der Abbruch der Konferenz ist wahrscheinlich.

Dagegen meldet der Korrespondent des Lokalanzeigers, daß sich gestern auf der französischen Botschaft in London heftige Szenen abgespielt haben. Man werfe Edward George vor, zu sehr zu Verhandlungen bereit zu sein. Trotz der leidlich gehaltenen Lage, so sagt der Korrespondent des Lokalanzeigers, dürfte ein Zurücksetzen der Konferenz auf den Boden der Brüsseler Verträge nicht unmöglich sein. (?)

Der Kasseler „Rote-Armee“-Prozeß

In der Verhandlung am Montag gab es eine Überraschung. Staatsanwalt Dr. Meyer teilte mit, daß der am Freitag verhaftete Zeuge Auf der Straße ihm erklärt habe, er habe am Freitag seine Aussage nur deshalb verzögert, weil er glaubte, er komme dadurch eher nach Hause. Jetzt aber sei er bereit, auszusagen und daher stelle der Staatsanwalt den Unterricht den Zeugen sofort zu vernehmen, da sich aus seiner Aussage eine wesentliche Klärung des Sachverhalts ergeben würde. Gegen diesen Unterricht wandte sich der Verteidiger Dr. Wolff mit eregten Worten und protestierte, daß Auf der Straße nochmals als Zeuge vernommen würde, nachdem er seine Aussage bereits verzögert habe. Er könne lediglich als Angeklagter hier vernommen werden. Ich frage den Herrn Staatsanwalt, rief Dr. Wolff aus, und bitte um schnellste Klärung, wie es möglich ist, daß Auf der Straße bei seinem Verhaftung 2000 Mr. abliefern könnte, obwohl er seit November arbeitslos ist. Ich frage weiter, wie es möglich ist, daß dieser Mann, dem die Felle Harbisch gar nicht bekannt war, im Gefängnis an die Felle Harbisch herangekommen ist und ihm dort 200 Mr. angeboten hat, wenn er die ganze Säule auf die Partei habe. — Vorsitzender (erregt): Meinen Sie mit den politischen Stellen etwa das Gericht? — Dr. Wolff: Nein. — Staatsanwalt Dr. Meyer: Aber doch wohl die Staatsanwaltschaft? — Dr. Wolff: Wir haben doch wohl noch eine politische Polizei, nicht wahr?

Ein Antrag des Rechtsanwalt Dr. Wolffs, die Verhandlung auszulegen, damit die Verteidigung weitere Erklärungen über den Zeugen einzelnen könne, wurde abgelehnt.

Hierauf wird der Zeuge Auf der Straße herangezogen. Nachdem ihm der Vorsitzende auf sein Zeugnisverweigerungsrecht aufmerksam gemacht hat, stellt er an ihn die Frage, ob irgend jemand an den Zeugen herangetreten sei, um ihn zur Aussage zu veranlassen, ob ihm eine Belohnung, ein Auslandspak oder sonst eine Vergütung dafür verprochen worden sei. Der Zeuge verneint die Frage und erklärt auf weiteres Verhören des Vorsitzenden, daß er aussagen mösse. Er betont, daß er in der Kommunistischen Partei agitatorisch und organisatorisch tätig gewesen sei. Mit militärischen Angelegenheiten habe er nichts zu tun gehabt. — Vorsitzender: Haben Sie irgendwelche Listen aufgestellt, gesammelt oder abgeschrieben? — Zeuge: Ich weiß wohl von solchen Listen, aber ich hatte nichts damit zu tun. Bei dem Angeklagten Harbisch waren solche Listen. — Vorsitzender: Der Angeklagte behauptet, daß Sie ihm Harbisch diese Listen untergeschoben haben oder daß Sie sie ihm diktiert haben, weil Sie ein Spitzel seien. — Zeuge: Das ist mir ganz fremd. Ich habe mich um die militärischen Angelegenheiten gar nicht bemüht. Das ist ja ein Report in der Partei, mit dem ich gar nichts zu tun habe. Dann schildert der Zeuge den Verlauf einer Begegnung in Essen, in der Schröder ihm mitgeteilt habe, daß er jetzt die militärischen Fragen bearbeitete und daß er in Dortmund einen zuverlässigen Mann gebraucht. Darauf habe er Auf der Straße, Harbischs Adresse angegeben. — Vorsitzender: Haben Sie auch von Falter etwas über militärische Dinge gehört? — Zeuge: Jawohl. Im Herbst 1929 hielt Falter auf einer Konferenz in Essen ein Referat über die Lehren des Kapp-Putsch. Er betonte, daß das, was im Kapp-Putsch passiert sei, nicht wieder vorkommen dürfe. Er meinte damit den Mangel an einheitlicher Leitung. Für die Zukunft sei es notwendig, ein Führergruppe zu schaffen, das bei einer Aktion in Kraft treten sollte. — Vorsitzender: Was verstehen Sie denn unter einer zukünftigen Aktion? — Zeuge: Den Kampf der Arbeiterschaft um die politische Macht. Dieser Kampf muß infolge der Wirtschaftskrise mit einem Generalstreik beginnen und dann zum offenen Auftreten der Arbeiter gegen die besitzende Klasse werden. — Vorsitzender: Sollte der Kampf nicht erst von den Reichsorganisationen oder von Seiten der Reichswehr beginnen? — Zeuge: Damit haben wir wohl ge rechnet, aber das war nicht ausschlaggebend. — Vorsitzender: Hatte Ihre Armee denn Waffen? — Zeuge: Das ist mir ganz fremd. Ich habe mich nicht genau orientiert. — Vorsitzender: Mehrere der Angeklagten haben behauptet, daß die kommunistischen Arbeiterklasse sich im Fall eines Rechtsgerichts der Regierung zur Verfügung stelle. — Zeuge: Jawohl. Im Herbst 1929 hielt Falter auf einer Konferenz in Essen ein Referat über die Lehren des Kapp-Putsch. Er betonte, daß das, was im Kapp-Putsch passiert sei, nicht wieder vorkommen dürfe. Er meinte damit den Mangel an einheitlicher Leitung. Für die Zukunft unter einer zukünftigen Aktion? — Zeuge: Den Kampf der Arbeiterschaft um die politische Macht. Dieser Kampf muß infolge der Wirtschaftskrise mit einem Generalstreik beginnen und dann zum offenen Auftreten der Arbeiter gegen die besitzende Klasse werden. — Vorsitzender: Sollte der Kampf nicht erst von den Reichsorganisationen oder von Seiten der Reichswehr beginnen? — Zeuge: Damit haben wir wohl ge rechnet, aber das war nicht ausschlaggebend. — Vorsitzender: Hatte Ihre Armee denn Waffen? — Zeuge: Das ist mir ganz fremd. Ich habe mich nicht genau orientiert. — Vorsitzender: Mehrere der Angeklagten haben behauptet, daß die kommunistischen Arbeiterklasse sich im Fall eines Rechtsgerichts der Regierung zur Verfügung stelle. — Zeuge: Das ist nicht kommunistische Taktik. Ich als Kommunist kann niemals die Verfassung unterlaufen. — Vorsitzender: Von wem haben Sie etwas über die militärische Propaganda gehört? — Zeuge: Von Schröder. Sitz der M. P. war Essen. Ihre Beschäftigung bestand in der Agitation. Sie hat die militärischen Formationen und rechtsstehenden Kreise mit kommunistischem Geist zu beleben. — Vorsitzender: Sie hat also die Zersetzungstaktik in Reichswehr. Sitz u. a.: Hat die M. P. sich auch damit beschäftigt, eine neue Armee aufzustellen? — Zeuge: Das war Aufgabe einer andern Abteilung. — Vorsitzender: Die Militärpropaganda war doch in Berlin und nicht in Essen. — Zeuge: Berlin war die Reichszentrale als höchste Instanz. In Essen war die Bezirkzentrale, in der Schröder, Falter, Harbisch und andere waren. Auch in Düsseldorf gab es eine Zentrale, die M. P. genannt wurde. Von dort ist mir nur bekannt, daß ihr Klinkmüller angehört hat, der als militärischer Oberleiter von Düsseldorf bekannt war. Das habe ich von Schröder und Harbisch gehört.

Vorsitzender: Nun lagen Sie mir einmal, weshalb machen Sie hier so offene Vorwürfe? Wir sind eine solche Offenheraussetzung hier gar nicht gewohnt. Ich wundre mich über Ihre beständigen Aussagen. Sie müssen sich doch sagen, daß die Angeklagten eventuell gegen Sie vorgehen. Tun Sie das nun aus Wahnsinnssiebe oder aus Haß gegen die Angeklagten oder schlichtlich deshalb, weil Sie ein Spitzel sind? — Auf der Straße: Ich las deshalb die volle Wahrheit, weil ich einen Ekel gegen diesen Prozeß habe, weil ich der Ansicht bin, daß sich die Kommunistische Partei mit diesem Prozeß beschäftigt und weil die Angeklagten und die Angeklagten dazu übergehen, Leute, die mit der Sache nichts zu tun haben, als Spitzel zu verdächtigen. Ich weiß, daß Harbisch in der Voruntersuchung wahrheitsgetreu ausgesagt hat. Erst in der Verhandlung hat er unter dem Einfluß von irgend einer Seite angefangen, mich zu belästigen. Das ist ja das Prinzip; wenn mal eine militärische Sache hochkommt, irgend jemand als Spitzel und als außerhalb der Partei stehend zu bezeichnen. — Vorsitzender: Auch wir waren hier alle sehr erstaunt, als im Verlauf der Verhandlung erst allmählich, dann immer bestimmter die Behauptung auftrat, daß sie einen Spitzel. — Zeuge: Ich habe in der Zeitung gelesen, daß Harbisch mir die Schuld gibt, daß ich der Staatsanwaltschaft Material über ihn geleakt habe. Harbisch weiß genau, daß er in Dortmund durch seine Unachtsamkeit eine Anzahl von Papieren verloren hat und diese in die Hände der christlichen Arbeiterschaft gelangt sind. Auf diesem Wege hat dann der Staatsanwalt etwas davon erfahren. — Vorsitzender: Angeklagter Harbisch, was sagen Sie dazu? — Angeklagter Harbisch: Ich habe wohl eine Anzahl von Papieren verloren, aber das waren nicht die. Ich habe kurz vor meiner Verhaftung mein Material verbrannt und auf Verlangen von Auf der Straße habe ich es dann nochmals niedergeschrieben. — Zeuge Auf der Straße: Das stimmt nicht. Ich habe dem Harbisch wiederholte Vorwürfe über seine Unachtsamkeit gemacht. Ich habe ihm ausdrücklich gesagt, daß er das Material fortsetzen müsse und habe ihm eine Kutsche gegeben, wo er es sicher aufbewahren kann. (Zu Harbisch erregt) Es ist deine Schuld, daß das Material nicht früh genug fortsetzt. Ich will nicht hier jetzt die ganze Schuld abwälzen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er dem Angeklagten Harbisch im Gefängnis 200 Mr. angeboten habe, wenn er die Kommunistische Partei belaste, antwortet der Zeuge: Das ist offiziell ausgeschlossen. — Rechtsanwalt Dr. Wolff (zum Zeugen gewandt): Sie sind doch überzeugter Kommunist. Wissen Sie nicht, daß Sie als solcher Ihre Genossen nicht durch Ihre Aussagen belästigen dürfen, zumal vor einem bürgerlichen Gericht. — Zeuge: Das weiß ich wohl, aber das ist mir ganz egal. Für mich gibt es hier nur ein Ja oder Nein. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ist Ihnen von irgend einer Seite geraten worden, nach Kassel zu fahren und sich hier als Zeuge vernehmen zu lassen? — Zeuge: Die Parteileitung hat mir den Rat gegeben, unter keinen Umständen zum Prozeß zu fahren, ich hatte aber trotzdem die Absicht, herzukommen. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Woher hatten Sie die 2000 Mr., die Sie bei Ihrer Verhaftung abliefern? — Zeuge ärgert mit der Antwort. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Geben Sie mir die Antwort hier auf, auch auf die Gefahr hin, daß Sie die Partei bloßstellen. — Zeuge: Ich habe 500 Mr. aus der Kasse der R.A.P. erhalten. Die übrigen 1500 Mr. sind zum Teil der Erlös aus dem Verlauf von Haftstatte. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Sie sind doch längere Zeit frank gewesen und haben keine geregelte Arbeit gehabt. — Zeuge: Harbisch weiß doch ganz genau, woher man Geld bekommt, wenn man welches braucht. — Staatsanwalt Dr. Meyer: Haben Sie als Parteifunktionär gearbeitet? — Zeuge: Jawohl. Ich habe für die Tage, an denen ich feierliche Musik und nur für die Partei arbeitete, genügend Geld bekommen. Auch der ausfallende Lohn wurde mir gegeben. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Haben Sie auch an Propaganda teilgenommen, in denen über die militärische Propaganda gesprochen wurde. — Zeuge: Jawohl. — Auf weiteres Verhören erklärt Auf der Straße, er habe auch französische und englische Flugblätter für das beklebte Gebiet verteilt. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Woher wollen Sie denn wissen, daß die jüngste militärische Abteilung ein Gebilde der Kommunistischen Partei ist? — Zeuge (sehr erregt): Das hat mir doch Schröder selbst gesagt. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ist Ihnen denn nicht bekannt, daß eine Art Rote Armee sich nach dem Kapp-Putsch als reine Abwehrorganisation gebildet

Billige Tage für Damen- und Kinder-Konfektion

Unsere Schaufenster geben Ihnen ein Bild
... unserer Leistungsfähigkeit!

Batist-Blusen	marine und schwarz	22.-
Voile-Blusen	farbig, gemustert	28.-
Musselin-Blusen	mit Plissé-Garnierung in vielen Farben	36.-
Elegante Blusen	Adler-Seide in modern. Dessins	88.-
Elegante Blusen	Reine Seide weiß, hellblau, rosa	125.-

Kostüm-Röcke in grosser Auswahl
58.- 48.- 38.- 28.-

Voile-Kleider bestickt	68.-
Batist-Kleider mit Fillet-Einsatz	98.-
Dirndl-Kleider in grosser Auswahl	165.- 125.-
Vollvoile-Kleider weiss m. farbig. Vollebesatz	155.-
Konfirmanden-Kleider	
aus Gabardine weiss und farbig	
125.-	
aus Voile weiss	
125.-	

Alpaka-Mäntel	marine	295	245.-
Frühjahrs-Mäntel	farbig m. bunt.	185.-	Frotéstickerei
Regen-Mäntel	in vielen Farben	275.-	345.- 295.-
Covercoat-Mäntel	m. eingereiht Rücken	295.-	295.-
Fesches Kostüm	mit Tressen-garnierung	295.-	
Covercoat-Kostüm		385.-	

Riesen-Auswahl in Kinder-Kleidchen
weiss, Grösse 45. von 12.50 an
farbig, Grösse 45. von 18.50 an

M. Joske & Co., Plagwitz

Karl-Heine-Strasse 43-45, Ziegelstrasse 1 :: Strassenbahn-Verbindungen 2, 3, 5 :: Filiale Markranstädt, Leipziger Str. 13

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Döllitz-Döhlen. Freitag, den 4. März, abends 18 Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag der Herrn Dr. med. Fuß über: Gesundheitsvorsorge in Schule und Haus. 2. Auswärts hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten. Wir bitten unsere Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste durch Mitglieder eingeladen, haben Zutritt. D. D. Großhochher-Windorf. Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Galloth zum Trompeten. Tagesordnung: 1. Vortrag über Sozialisierung. Referent: Genosse Jonsson, Leipzig. 2. Diskussion. 3. Gemeindeangelegenheiten. 4. Vereinsangelegenheiten. Donnerstag, 3. März, abends 8 Uhr. Diskussionsabend in der Schule. Vortrag vom Genossen Wurt. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. NB. Die Lizenzen zum Einzelnen für die Versammlungen liegen Dienstags und Freitags von 6-7 Uhr in der Bibliothek aus.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Morgen, den 4. März, abends 18 Uhr. Diskussionsabend im Goethe-Schlößchen Plagwitz (Kolonnadenaal). Eingang Eissabehälter. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die wirtschaftliche Lage in Rußland vor und nach der Revolution. Referent: Gen. Dr. Braunthal. 2. Aussprache. 3. Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligungen wünscht. Der Vorstand.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

L.-Gutriebisch. Turnverein Borwitz. Freitag, den 4. März, abends 9 Uhr, im Lindenholz. Mitglieder-Versammlung. — Gute Beteiligung erwartet. Der Turnrat.

Samariter-Vereine

Kolonne Leipzig. Sonntag, 6. März, vormitt. 11 Uhr, findet im Restaurant Waldhof, Mödern, die ärztliche Prüfung der Kursteilnehmer der Abteilung Norden statt. Gäste, welche Interesse daran haben, sind hiermit eingeladen. — Übungsstunden finden jede Woche Donnerstags dagelebt statt. Der Vorstand.

Radfahrer-Bund Solidarität! Abt. Dlt. Freitag, den 4. März, nachmitt. 16 Uhr, humorabend in den drei Mühren. — Recht zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Krankenunterstützungsverein für Markranstädt und Umgegend Sonntag, 6. März, nachm. 13 Uhr, in König's Restaurant: Außerordentliche General-Versammlung Tagesordnung: 1. Erhöhung der Beiträge sowie des Krankengeldes. — 2. Verschiedenes. Für das Nichterscheinen ist 1 Mark Strafe zu entrichten.

Markranstädt! Freitag, den 4. März, 1921, abends 7 Uhr, in der Guten Quelle:

Dezentrale Einwohnerversammlung Tagesordnung: Zweck u. Ziel der proletarischen Freidenker und Diskussion. Einen regen Besuch erwartet. Der Einberufer.

Das Beste vom Besten sind meine Teewurst bez. Mettwurst in kleinen Würken von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Pfd. alles nur aus einem deutschen Schweinegut Pfund 20.- Mt. Abgabe jede gewünschte Menge. **Rippespeier** sehr scharf, eine hochfeine Delikatesse. Pfund 21.- Mt. **Scheibenhonig** voller Prima-Qualität Pfund 15.50 Mt. Empfiehlt **Martius**, Bayerische Str. 88, III. Kleinbad.

USPD. Groß-Leipzig

Sonntag, den 6. März 1921, vormittags 9 Uhr im Volkshaus, Café Mille:

Gemeindevertreter-Konferenz

Tagesordnung:

1. Die neue Gemeindeverfassungsreform. Referent: Genosse Seger. — 2. Diskussion. Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Hauptvorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig.

Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Victoria), I. Stock, Zimmer 8-9, Tel. 12781.

Bureau: Norm. 9-10, nachm. 5-11 Uhr. Sonntags nur 9-11 Uhr.

Telefon: 8076.

Bureau: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 85-87.

Geschäft von 9-1 und 14-15 Uhr. Sonntags von 8-1 Uhr.

Chemische Industrie. Freitag, den 4. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus (Café) Brancheversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichskonferenz. 2. Der Stand unserer Lohnbewegung. 3. Betriebsratswahlen. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen aller Branchenangehörigen erwartet. Die Sektionsleitung.

Putzer und Stukkateure!

Freitag, den 4. März, abends 18 Uhr:

Gruppen-Versammlung.

Erscheinen aller ist Pflicht. Der Obmann.

Bauarbeiter-Verband

telephon: 8076. Bezirkverein Leipzig. Telefon: 8076.

Bureau: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 85-87.

Geschäft von 9-1 und 14-15 Uhr. Sonntags von 8-1 Uhr.

Max Schmalz

im Alter von 20 Jahren. Er war einer unserer Befrei. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Neukirch, den 2. März 1921.

Erich Zapf Hermann Nitscher

Kurt Gradkowski Martha Prengel

Familie Gustav Burkhardt.

Ratsschul.

Mittwoch, den 2. März, vormittags 10 Uhr, verließ nach kurzem Krankenlager unser Chef

Gerr Carl Voigt

im Alter von 70 Jahren.

Wir betrauern sein böhmliches Scheiden und rufen ihm ein "Ruhe lange" nach.

L.-Sohlis, den 3. März 1921.

Die Gesamtbelegschaft

der Firma C. Voigt, L.-Sohlis.

Nach langem, schwerem Leiden starb mein herzens-

arter, treuloser Gatte, Vater, Großvater, Bruder

und Onkel, der Bauer

Richard Heinze

im Alter von 68 Jahren. Dies zeigte tiefsinnig an

Ida Heinze nebst Kindern.

Beerdigung findet Sonnabend, den 5. März, nachm.

1/2 Uhr, vom Johannistriedhof aus statt.

Für die stelen Beweise herzlichster Teilnahme

beim Begräbnisse unseres Sohnes und Bruders Otto

lagen wie allen herzlichsten Dank.

Familie Wildt.

M. Joske & Co., Plagwitz

http://digital.slub-dresden.de/d394414608-19210303/4

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. März.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Volkshaus. Alle arbeitsfreudigen Genossen sind mit eingeladen.

Alt-Leipzig, Bezirk Zentrum. Morgen-Freitag, den 4. März, abends 1/28 Uhr, Funktionärsitzung im Restaurant Herm. Hering, Ecke Alexander- und Kolonnadenstraße. Die Bezirksvertretet.

Ortsverein Plagwitz-Vindnau-Schleußig. Morgen-Freitag, abends 1/28 Uhr, Funktionärsitzung im Golenschlößchen, Leipzig-Plagwitz (Eingang Elisabethallee).

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung begann mit einer Auseinandersetzung wegen der Eingabe des Mietervereins gegen die Sprachpraxis des Mieteinigungsamtes. Genosse Krüger nahm sich der Eingabe an; wenn sie zur Beratung im Plenum steht, wird Gelegenheit sein, einmal die Praktiken des Mieteinigungsamtes in alter Deutlichkeit zu beleuchten.

Zu einer lebhaften Debatte kam es bei der Beratung einer Eingabe gegen die Schundliteratur. Genosse Freitag zeigte, daß der Kampf gegen die Schundliteratur am wirksamsten geführt werden könne, wenn das ganze Erziehungswesen auf eine andre Grundlage gestellt werde. Dabei müsse auch der unwahre Religionsunterricht beseitigt werden, weil durch diesen Unterricht die Kinder die Fähigkeit verlieren, Wahrheit vom Falschen und Guten vom Schlechten zu unterscheiden. Natürlich wollte der Pfarrer Jeremias diese Kennzeichnung der verlorenen Erziehungsmethode nicht gelten lassen. Nach der Weisheit dieses Seelen-sorgers liegt die Schuld für die Schundliteratur bei den Verlegern des Schundes, die auf dem Wege des Schleichhandels Papier für ihre Produkte zu erwerben versuchen, während die Verleger guter Bücher nicht so gerissen sind und daher nicht genug gute Bücher drucken können. Ja, wenn die Verleger guter Bücher auch so gerissen wären! Wäre es nach dieser Aussöhnung nicht verdienstlich und ein gottgefälliges Werk, die Verleger guter Bücher mit den Geheimnissen des Papierhandels vertraut zu machen? In Wirklichkeit sind die Verleger der Schundliteratur im Durchschnitt nicht schlechter oder besser als die Verleger guter Literatur, dieweil es dem Kapitalisten ganz egal ist, ob der Profit bei der Produktion guter oder schlechter Ware gemommen wird. Profit beherrscht den Markt, lach den Büchermarkt! Nachdem schon das Blaue von den Deutschnationalen bewiesen hatte, daß er nichts von den Dingen versteht, weil er — wenn er sich nicht selbst vernetzen will — nichts verstehen darf, kam auch noch der Schulmeister von den Demokraten mit dem matigen Versuch, selbstgefällig und erhaben darüber zu reden, daß es komisch anmutet, wenn Herr Freitag den bösen Kapitalismus auch für die Schundliteratur verantwortlich gemacht hat. Der „böse Kapitalismus“ ist aber nicht nur für die Schundliteratur, sondern auch für Platten vom Schlag des Dr. Jeremias und für Schulmeister vom geistigen Wussoff des Professors Herz verantwortlich; schon darum muß er beseitigt werden.

Nach dieser Debatte über die geistige Verkrüppelung des Volkes folgte eine Auseinandersetzung über Körperpflege und Sport zur „Jugendertüchtigung“. Der Sportklub Wacker sollte von der Stadt 100.000 Quadratmeter Land in der Nähe des Krankenhauses St. Georg für 30 Jahre verpachtet bekommen, damit er dort einen großen Sportplatz für den lächerlich geringen Mietpreis von 3 Ps. für einen Quadratmeter errichten kann. Die Ausschüsse beantragten Ablehnung der Ratsvorlage, Bürgerliche und Rechtssozialisten traten dafür ein. Genosse Scheib erklärte für die Unabhängigen, daß sie die Sportsegerei im großen Maßstab, wie sie jetzt betrieben wird, nicht unterstützen und daher die Ratsvorlage ablehnen müssen. Um die Vorlage wenigstens etwas abzumildern, beantragten die Unabhängigen, den Platz nicht auf 30 Jahre, sondern nur 10 Jahre zu verpachten und vom Neingewinn der sportlichen Veranstaltungen 50 Prozent an die Stadt zu gemeinnützigen Zwecken abzuliefern. Das blieb aber alles ohne Erfolg, mit Hilfe der Rechtssozialisten wurden die Anträge der Unabhängigen abgelehnt und die Ratsvorlage angenommen.

Ein unendlich breiter Nebstrom ergoß sich noch an diesem Abend. Zunächst bei der Beratung über eine Eingabe wegen der

Ausführung der südlichen Bildhauer- und Stuckarbeiten in eigener Regie, für die Genosse Voigt eintrat — alle Mitständler wiederholten bei dieser Gelegenheit ihre Reden zum vor weich wievielen Male. — Bei der Vorlage über die Aufnahme von Kindern im Krankenhaus St. Georg kam es zu einem sehr heftigen Streit zwischen Frau Mendelsohn-Bartholdy, dem Stadtrat Dix und dem Oberbürgermeister. Schließlich wurde die Ratsvorlage angenommen.

Schr. diskret behandelten alle Redner eine Wohnungsangelegenheit, die ein Ratsmitglied betraf, ohne dessen Namen zu nennen. Es handelt sich um Stadtrat Gräf, der die Bestimmungen des Wohnungsamtes nicht eingehalten haben soll. Die Untersuchung sei aber, so sagte Stadtrat Hofmann, noch nicht abgeschlossen. Genosse John nahm die Gelegenheit wahr, die Sprachpraxis des Mieteinigungsamtes und die Unterlassungsbinden des Wohnungsamtes zu kritisieren.

Zum Schluss kam ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen zur Verhandlung, der die Offenhaltung der Standesämter an den Sonntagen für die Einwohner verlangte, die ihren Austritt aus der Kirche erläutern wollen. Gegen die vom Genossen Bruchardt gegebene Begründung vertraten die Kirchenfreunde zwar keine sachlichen Einwendungen zu erheben, aber sie versuchten, den Antrag zu verschleppen. Der Versuch ist nicht gesungen. Der Antrag wurde angenommen.

Weltliche Schule und Weltanschauungsschule.

In öffentlichen Erörterungen werden die beiden Begriffe nicht deutlich auseinandergehalten. Zum Ausdruck christlicher Kämpfer gehört es zu behaupten, daß wir eine weltliche Schule fordern, in der kirchenseitliche Agitation getrieben werden solle. Das ist natürlich Unsinn; wir streben die Einheitsschule, die Kinder aller Bekennisse umfaßt und weisen die Kirche mit ihrer „alleinstellenden“ Weltanschauung in ihren Ansprüchen auf die Schule zurück. Wir bekämpfen also die christliche Weltanschauungsschule in Elternversammlungen; wir wollen nicht, daß den Kindern in der neutralen Schule christliche Weltanschauung vermittelt werde, auch nicht in der abgeschwächten Form der Zwidauer Thesen. Zur Klärung der Begriffe in den christlichen Köpfen schreibt der Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins:

Eisenbahner!

Am Sonntag, dem 6. März, findet die Wahl zur Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes statt. Mehr als je ist es notwendig, die Einheit und Geschlossenheit unserer Organisation zu wahren und allen Anku und Streit um abelis liegende Dinge von unserem Verbandsleben fernzuhalten.

Wählt nur die Linke:

Endorf — Richter.

Die Reichsverfassung unterscheidet in den Artikeln 146 und 149 weltliche Schulen und Weltanschauungsschulen. Worin ist ihr Unterschied zu suchen? In den weltlichen Schulen ist der Religionsunterricht kein ordentlicher Lehrgang. Das heißt mit keinem Worte aus, daß Schul Kinder, die die weltliche Schule besuchen, auf Wunsch ihrer Eltern religiöse Unterrichtungen außerhalb der Schule erhalten. Es liegt im Wesen der weltlichen Schule, daß sie nur von Kindern besucht wird, deren Eltern aus der Kirchengemeinschaft ausgetreten sind, oder daß an ihr nur Lehrer unterrichten, die nicht mehr der Kirche angehören. Die weltliche Schule kümmert sich um diese Fragen nicht, sie ist kirchlich und religiös neutral und hat Raum für alle Kinder und Lehrenden. So sind weltliche Schulen auch von Männern und Frauen ganz verschieden Richtungen geprägt worden, z. B. in England von den tiefsten Seiten gerade aus religiösen Gründen.

Die Verfassung spricht ferner von Weltanschauungsschulen. Vereinigungen zur Pflege gemeinsamer Weltanschauungen werden in Art. 187 grundsätzlich den Religionsgemeinschaften gleichgestellt, und sie können unter bestimmten Voraussetzungen — „wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten“ — die Rechte einer öffentlichen Korporation erwerben. Während die Religionsgesellschaften ein gemeinschaftliches Glaubensbekenntnis haben müssen, pflegen jene Vereinigungen eine von dem Glauben an etwas Uebermenschliches, besonders an einen persönlichen Gott losgelöste Weltanschauung. Es können

merklären, um zu sehen, woher der Name kommt; als sie die Szene sah, wandte sie sich sofort mit einem Ausdruck von Missbildung und Schreck wieder fort, ohne auch nur ein Wort für mich einzulegen. Mein Entschluß, in die Kanzlei nicht zurückzukehren, sondern ein neues Arbeitsleben zu beginnen, stand unumwundbar fest. Es blieb mir nur noch übrig, die Art der Arbeit zu wählen, und das erschien mir nicht sonderlich schwer, da ich mich für außerordentlich stark, ausdauernd und jeder Arbeit gewachsen hielt. Mir stand ein einziges Arbeitsleben mit Hunger, Armeleitungen, Notheit und der ständigen Sorge um das tägliche Brot bevor. Und — wer weiß? — vielleicht werde ich, wenn ich durch die Große Adelsstraße von der Arbeit heimgeschehe, mehr als einmal den Ingenieur Döschlows beneiden, der von geistiger Arbeit lebt; aber jetzt freute es mich nur, an alle meine zukünftigen Schwierigkeiten zu denken. Einst hatte ich von einer geistigen Tätigkeit geträumt und mich schon als Lehrer, Arzt oder Dichter gesehen, aber die Träume blieben eben Träume. Der Hunger nach geistigen Genüssen — z. B. nach Theater und Büchern, war in mir bis zur Leidenschaft entzündet, ob ich aber auch die Fähigkeit befähigt, mich auf diesen Gedanken selbst zu betätigen, das wußt ich nicht. Auf dem Gymnasium hatte ich eine unüberwindliche Abneigung gegen Griechisch, so daß ich aus der vierten Klasse austreten mußte. Lange Zeit nahm ich Privatunterricht und bereitete mich für die fünfte Klasse vor; dann diente ich in den verschiedenen Reformen, wobei ich den größten Teil des Tages nichts zu tun hatte, aber das nannte man geistige Arbeit! Das Studium und der Staatsdienst erforderten weder Geistesanspannung, noch Talente, weder persönliche Fähigkeiten, noch schöpferischen Ausdruck: sie waren rein mechanisch. Solche geistige Arbeit schaute ich aber viel niedriger als die körperliche ein, ich verachte sie und glaube nicht, daß sie ein milzhängiges, sorgloses Leben auch nur einen Augenblick lang zu fröhligkeiten vermag, da sie doch selbst nur Betrug und eine Form von Mühliggang ist. Die wahre geistige Arbeit habe ich wahrscheinlich nie gelernt.

Der Abend brach an. Wir wohnten in der Großen Adelsstraße der Hauptstadt unserer Stadt, auf der in den Abendstunden in Erwartung eines ordentlichen Stadtgartens unsre vornehme Welt

also Weltanschauungsvereine der Freudenauer, der Religionsvereine usw. entstehen, und sie haben dann auch das Recht, genau so wie Angehörige eines bestimmten Bekennisses, innerhalb der Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihrer Weltanschauung einzurichten. Sie sind genau wie die anderen an die Bedingungen von Art. 146 Abs. 2 gebunden, die ein zulässiges Reizstück genauer auszuführen hat.

Diese Schulen müssen wie nicht, da sie schon technisch nicht so leistungsfähig sein können wie die Einheitsschule. Katholische und evangelische Winkelschulen streben die Konfessionellen; wie dagegen fordern die Verbesserungsschule die Produktionsmittel, wozu die Schule gehört, aber nicht im Sinne ihrer Auslieferung an irgendeine G. m. b. H.

Gründung von Kriegervereinen.

Kürzlich fand, wie uns mitgeteilt wird, eine Versammlung der Kameradschaftlichen Vereinigung ehemaliger Angehöriger des LGR. 107 in dem großen Börsensaal statt. Unter diesem Namen wurde der Kriegerverein LGR. 107 gegründet. Ausgerechnet ging die Gründung von einer Kompanie aus, in der während des Krieges der meiste Drill herrschte. Man konnte sehen, wie die Hosen zusammenlagen. Es fand sich alles zusammen: die bekannten schnatternden und nöselnden Stimmen, Clappenhänge, dauernd abblommende Hosenlanger und einige Neugierige. Zusammen waren etwa 200 Personen erschienen.

Die Vereinigung soll den Zweck haben, die Kameradschaft und das Zusammengeselligkeitsgefühl der früheren Kameraden zu pflegen, die persönlichen Beziehungen zu fördern und die Geschichte des Regiments frei von jeder Beteiligung an politischen sowie militärischen Bestrebungen lebendig zu erhalten. In Wirklichkeit ist die Reaktion am Wert, die den Versuch macht, für ihre Politik sich Machtpositionen zu schaffen. Und die Kameraden sind leicht gut genug dazu, ihr als Werkzeug zu dienen. Sie werden sich doch noch der Zeiten erinnern, in denen man sie geschunden und getreten hat. Sollen sie wiederkehren?

Hoffentlich denkt man in den Monatsversammlungen an die alte gute Zeit in der Etappe wo man die Zeit losgeschlagen hat mit der russischen Damensuite. Es laufen sicherlich zahlreiche kleine Deutsche in Russland herum. Vielleicht erinnert man sich, wie den Lanzern die Portionen geküßt und dafür Stullen gebaut wurden, wieviel Brötchen beim Stab gebaut wurden und wieviel an die Front kamen. Und dann der Raubzug in der Ukraine.

In der Gründungsversammlung schlug der Ausschuß vor, auch Ehrenmitglieder einzuladen zu können. Das wurde aber abgelehnt. Um möglichst viele Mitglieder aus den untersten Schichten zu bekommen, setzte man den Beitrag auf 1 Mk. monatlich fest.

Der Adressenammlaß machte sich in der Pause daran, den Kriegerverein zusammenzubringen. Es mußten gleich 2 Mk. Eintrittsgeld mitbezahlt werden. Das Geschäft scheint aber nicht besonders gut gewesen zu sein.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, die nicht den wilhelminischen Zeiten wieder auftreten wollen, bleiben diesen Leuten und ihrem Kriegerverein fern.

Beschäftigung von Arbeitslosen während der Weltkrieg.

Das Arbeitsamt schreibt uns: Nach der Verordnung des Demobilisationskommissars bei der Kreishauptmannschaft Leipzig vom 26. April 1920 ist jede offene Stelle im öffentlichen Arbeitsnachweis anzumelden. Es wird auf diese Bekanntmachung nochmals hingewiesen und ausdrücklich bemerkt, daß auch Aushilfsstellen angezeigt sind. Die Verfolgung dieser Vorschrift liegt im Interesse aller Steuerzahler, denn nur dadurch wird vermieden, daß zu gleicher Zeit Gewerbeschließung und Arbeitsverdienst bezogen wird, wie dies häufig bei Einstellung ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises geschieht. Um der allgemeinen großen Arbeitslosigkeit zu steuern, wird erwartet, daß gerade jetzt während der Welle in erster Linie nur solche Arbeitslose beschäftigt werden, die Erwerbslosenunterstützung beziehen. Die Arbeitgeber, die Plakatträger, Zeitungsverleger usw. selbst annehmen, werden dringend erachtet, nur vom öffentlichen Arbeitsnachweis zugewiesene Arbeitskräfte einzustellen. Der Städtische Arbeitsnachweis befindet sich Seeburgstraße 14–20 und ist täglich von 1/28–1/4 Uhr geöffnet. Fernsprecher: 19 230–33, 19 252, 3156, 3348, 4900.

Der Übergang der Staatsbahnen auf das Reich wird im Sommerfahrtplan vom 1. Juni zur Geltung kommen. Wenn auch schon immer die Fahrpläne zwischen den einzelnen Staatsbahnenverwaltungen im wesentlichen einheitlich vereinbart worden waren, so fanden doch wohl manchmal Landesinteressen etwas mehr zur Geltung. Die Verbindung von Breslau nach Leipzig und Halle ging z. B. in der Hauptroute über Saan und Kotbus. Die Strecke hat den Vorzug, daß sie rund 20 Kilometer kürzer ist als die über Görlitz und Dresden. Sie weist auch deutlich weniger Steigung auf, so daß Kosten erspart werden. Trotzdem soll dem Wunsche Dresdens entsprochen werden, indem neue Züge von Breslau über Dresden vorgeleben sind. Von diesen geht einer von Breslau 5.44 früh und ist in Görlitz 8.33, in Dresden 10.20, wo er Anschluß an einen neuen Zug 10.35 nach Leipzig.

zu promenieren pflegte. Diese schöne Straße erzielte zum Teil einen Garten, da sie zu beiden Seiten von Pappeln eingefasst war, die, besonders nach einem Regen, herlich dufteten, und aus den Gartenzäumen Alazan, Fliederbüsche, Gaul- und Apfelbäume hervorlugten. Die Maiendämmerung, das zarte, junge Grün, voller Schatten, der Fliederduft, das Summen der Käfer, die Stille, die Wärme — wie neu und ungewöhnlich war das alles, obwohl es sich jedes Jahr wiederholte! Ich stand vor der Gartensorte und las mit den Spaziergängern an. Mit den meisten von Ihnen war ich aufgewachsen und hatte als Kind gespielt; jetzt wäre Ihnen aber meine Bekanntheit peinlich gewesen, denn ich war ärmer und nicht nach der Mode gekleidet, und meine engen Hosen und plumpen Stiefel waren allen zum Spott. Zudem stand ich überhaupt in schlechtem Ruf, da ich keine gesellschaftliche Position befehlt und oft in billigen Gasthäusern Billard spielte; außerdem vielleicht auch aus dem Grunde, weil man mich zweimal ohne den geringsten Anlaß meinerseits auf die Gendarmerie vorgeladen hatte.

Im großen Hause gegenüber, beim Ingenieur Döschlow, spielte man Klavier. Es dunkelte, und am Himmel leuchteten die Sterne auf. Da kommt langsam, in seinem altmödlichen Zylinder mit breiter, nach oben gebogener Krempe, nach allen Seiten grüßend, Arm in Arm mit meiner Schwester mein Vater gegangen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Schauspielhaus (Christian Morgenstern-Theater). Die leider schwach besuchte Morgenstern des Schauspielhauses war dem Anderthalter Christian Morgenstern gewidmet. Der Dichter der Galeriedichter sagt von sich: „Also lebt ich wie ein verhägerter Vogel zwischen weiß und schwarz gesetzten Büschen in einem Land von Uniformen.“ Er fühlt sich in seiner Jugend in pantheistische Zukunftsräume. Unter dem Eindruck Niedergangs und Dystopie gestaltete er ironische Verse voll tiefer Melancholie und feinen Narrenempfindens als ein Beigenoß Hoffmannsthals und Ges-

schwachsinnige Tante in der Königstraße in Leipzig. Seitdem der vorlebige Mann aus der Redaktion der Freien Presse ausgeschieden ist, der trocken noch so etwas wie Ideen hatte, geht es dort zu wie in einem politischen Kassenhäuschen. Die hatten Tatsachen werden aufs neue zeigen, daß Toxigogate in der Regel die robusteste Gesundheit und das längste Leben haben. Und wenn zu der intensiven Agitations- und Organisationsarbeit unser Ge- nossen noch die "kluge" Politik der Freien Presse tritt, dann wird die "herrende" USP bald zum gigantischen Riesen werden.

In einer Wahlbetrachtung nach der Preußenwahl machte die Freie Presse ihrem bedrängten Herzen in folgender Weise Luft:

Wenn die Sozialdemokratie jetzt ohne Not ihre Position in der Regierung preisgeben würde, würden sich die Wähler wieder gegen sie wenden. In einer Koalitionsregierung kann die Sozialdemokratie — das ist eine selbstverständliche Plausibilität — keine sozialdemokratische Politik machen. Über sie kann verhindern, daß die Bewegung wieder rückwärts geht. Deshalb ist das Verbleiben in der Regierung eine Notwendigkeit und, sagen wir, wenn es nicht anders wäre, selbst unter der Bedingung der Erweiterung durch die Deutsche Volkspartei. Das kleine Lippe wird seine Einzelerscheinung bleiben. Wenn in Bremen die Sozialdemokratie nicht auf die Mithilfe in der Regierung verzichten wolle, werden sie eine Regierung mit Demokraten und Deutscher Volkspartei bilden müssen. In Sachsen konnte eine rechtssozialistische Minderheitsregierung nur dadurch zustande kommen, daß die Sozialdemokratie den Unabhängigen nicht nur nicht Sitz eindämmen, als sie ihrer Stärke nach beanspruchen durften, sondern auch dadurch, daß sie ihnen die wichtigsten Ministerposten, besonders die des Innern, einräumen. Wäre mit den Unabhängigen keine Zusammensetzung zustande gekommen, dann müßten sich die Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei einlassen; denn darüber waren sie sich klar, daß sie als stärkste Partei im Landtag auf die Teilnahme an der Regierung nicht verzichten durften. In Preußen liegt, wie gesagt, eine solche Notwendigkeit nicht vor, wenn das Zenitum nicht die Erweiterung der Regierung an die Deutsche Volkspartei als Bedingung stellt. Sollte die Sozialdemokratie aber durch das Zenitum vor die Notwendigkeit gestellt werden, sich für eine Regierung mit oder ohne die Deutsche Volkspartei zu entscheiden, dann wählen wir unbedenklich und ohne auf das kommunistische Gelöß der absterbenden unabhängigen Sozialdemokratie zu achten, uns für die Erweiterung entscheiden. Denn am Ende wäre die Deutsche Volkspartei in der Regierung doch etwas anderes als in der Opposition neben den Deutschnationalen, da sie sich dann eben unbedingt auf den Boden der Demokratie stellen müßte."

Wenn die Rechtssozialistische Partei nach diesem Rezept verfahren würde, dessen "Güte" schon allein dadurch gekennzeichnet ist, daß es der "große Gustav Noske" eisig verschlägt, dann wäre das das beste Mittel, die USP zu stützen; es wäre aber wohl auch das beste Mittel, die Reichen der Rechtssozialistischen Partei selbst zu sprengen. In Leipzig können sich die Rechtssozialisten die Politik zur Not noch leisten, weil da zu ihren Mitgliedern nur Flötnerberger Existenzen zählen; in Chemnitz aber, wo die Arbeiter den Ausschlag geben, würden diese die Gefolgschaft verweigern.

Die USP läßt sich durch das rechtssozialistische Gerede nicht bestimmen in der Verfolgung ihrer Ziele. Wenn die Rechtssozialisten Lust haben, die an sich schon geringen Möglichkeiten zur Verwirklichung sozialistischer Ziele in Sachsen durch eine Koalition mit dem Stimmabstimmung völlig aus der Welt zu räumen, so soll es uns recht sein. Niemals aber werden wir dazu unser Hand bieten.

Zur besseren Informierung der Gemeindevertreter
gibt der Landesvorstand der USP Sachsen jetzt "Mitteilungen für Gemeindevertreter" heraus. Alle die Gemeindevertreter Sachsen interessierenden Fragen sollen behandelt werden, um eine Einheitlichkeit und Planmäßigkeit der Arbeit unserer Genossen zu erzielen und eine schnelle Orientierung zu ermöglichen. Die Abhandlungen beschränken sich auf Besprechung praktischer Fragen, theoretische Urteile werden nicht gebracht. Dazu dient die sozialistische Gemeinde.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 2 erwähnen wir: Entschädigung nichtberufsmäßiger Gemeindevertreter. Gemeinsame Verwaltung mehrerer Gemeinden. Das Steuerrecht der Kirchengemeinden. Die Besteuerung des reichsteuerfreien Mindereinkommens nach dem Gesetzentwurf der sächsischen Regierung. Vorsicht — Musterortsgesetz. Aus den Bezirkverbänden. Aus den Gemeinden.

Die "Mitteilungen für Gemeindevertreter" sind beim Beiratsssekretariat der USP, Tauchaer Str. 19–21, zu haben. Die ersten beiden Nummern gelten als Propagandazahlen und werden an die Gemeindevertreter durch die Ortsvereinsvorstände unentgeltlich abgegeben. Von der Nr. 3 ab werden die M. f. G. zum Preis von 50 Pf. pro Nummer geleistet. Wer sie abonnieren will, muß 4 Mr. an Beiratsssekretär Karl Schröder, Leipzig, Tauchaer Str. 19–21, Postfachtono Leipzig Nr. 67 456, einenden. Alsdann folgt postfrei Zustellung der nächsten 8 Nummern. Der Nr. 2 der Mitteilungen liegt eine vorgedruckte Jahrestarife bei, die sofort beim nächsten Postamt eingezahlt werden muß, damit keine Unstimmigkeit im Bezug eintrete. Die Mitteilungen können alle abonnieren, die Interessen an kommunalpolitischen Fragen haben.

Unsre Gemeindevertreter werden gern von der neuen Einrichtung Gebrauch machen, denn diese entspricht einem längst gehegten Bedürfnis. Deshalb darf erwartet werden, daß die Bestellungen auf die Mitteilungen für Gemeindevertreter sofort und zahlreich ausgegeben werden. Wer noch nicht in den Besitz der ersten beiden Propagandazahlen gekommen ist, der wende sich an den Vorstand seines Ortsvereins.

52 000 Mr. erwünscht — 3000 Mr. Gelbstrafe.

Ein Kettenhandel schlimmster Art, der eine unglaublich milde Beurteilung durch die Richter gefunden hat, bildete den Gegenstand eines Strafprozesses vor dem sächsischen Oberlandesgericht. Der Kaufmann Gustmann in Dresden hatte als Tabakgroßhändler am 14. August 1917 von dem

Kaufmann Elermann, ebenfalls ein Tabakgroßhändler, 918 Ballen (20 000 Kilogramm) türkischen Rohtabak zum Preis von 28 Mr. für das Kilo gekauft und unmittelbar darauf, ohne die Ware überhaupt nur gesehen zu haben, fast den gesamten Posten, nämlich 19 757 Kilo, an eine Dresdner Zigarettenfabrik für 32 Mr. das Kilo weiterveräußert und dadurch 5 209 Mr. verdient". Das Landgericht hat G. in Bestätigung der vom Schöffengericht wegen Preissteigerung durch Kettenhandel auf Grund der Bundesverordnungen vom 23. Juli 1915 und 28. März 1916 ausgeworfene Gelbstrafe von 5 000 Mark bestätigt, indem es für erwiesen hält, daß Elermann den Tabak eingekauft hatte und nicht eine dritte Firma, letztere habe Elermann nur den Einkauf besorgt, weil G. mit den orientalischen Verhältnissen nicht vertraut war. Das Einschreiten des Angeklagten in die Händlerkette lasse sich in keiner Weise wirtschaftlich rechtfertigen.

Die Revision des Angeklagten mache geltend, daß der Fall schon im August 1917 spiele. Die Grundsätze des Reichsgerichts seien damals erst wenige Monate alt und ihm noch nicht bekannt gewesen. Damals sei es auch noch zweifelhaft gewesen, ob Kapitalien bloß als Genußmittel oder als Gegenstand des täglichen Bedarfs angesehen waren. Auch wurde bestritten, daß die an dem Tabak hergestellten Zigaretten durch den Preisanstieg von 4 Mr. auf das Kilo Tabak verteuert worden wären.

Gemäß dem Urteil des Oberstaatsanwalts, nach dessen Ausführungen ein Kettenhandel schlimmster Art vorliegt,

hat das Oberlandesgericht das Rechtsmittel verworfen. Für Elermann wäre es ein leichtes gemeint, den Tabak unmittelbar an eine Fabrik zu verkaufen. Statt dessen laufte ihm der Angeklagte, um einen hohen Verdienst zu erzielen. Die unlaunten Machenschaften durch den Kettenhandel ständen fest. Die Dezember-Armee komme nicht in Frage, wofür der Angeklagte einen Gewinn erfreut habe und die Verfehlung nicht unerheblich sei!

Und trotzdem ganze 3000 Mr. "Strafe"! Der Angeklagte wird sich darob eins ins Judentum lachen. Der Bevölkerung wird man es aber nicht verdenken können, wenn sie angestellt solcher Urteile von immer größerem Misstrauen gegen die Justiz erfüllt wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Ausklärung an die Mitglieder des Deutschen Eisenbahner-Bandes.

Für den Deutschen Eisenbahnerverband findet am 6. März, vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, Urwahl für die Mitglieder zur Ortsverwaltung statt.

Es ist notwendig, daß einige ausklärende Worte, warum Urwahl angezeigt worden ist, gelautet werden. Die alte Ortsverwaltung hatte, wie es in der Gewerkschaftsbewegung üblich ist, für die Neuwahl Kandidaten, welche zum größten Teil Mitglieder der alten Ortsverwaltung waren, aufgestellt und diese der Funktionärsfrage am 11. Januar vorgelegt. Kollege Endorf, der die Funktionäre aufforderte, sich über die Tätigkeit der alten Ortsverwaltung auszusprechen, hatte jedoch diese Aufforderung vergebens an die Kollegen gerichtet, denn nicht ein Kollege hatte etwas an der bisherigen Tätigkeit der alten Ortsverwaltung auszusehen. Als dann zu der vorgeschlagenen Liste Stellung genommen wurde, wurden von den Anhängern der 3. Internationale der Ortsverwaltung Vorwürfe gemacht, daß sie überhaupt keine Kandidatenliste aufgestellt hätte. Die kommunistische Zelle machte sofort eine Unmenge weitere Vorschläge, selbstverständlich nur Anhänger ihrer Parteirichtung. Diese Kollegen konnten es deshalb schon tun, weil sie vor dieser allgemeinen Funktionärsfrage schon einige Zeitschriften gehabt hatten. Durch die Abstimmung wurden die Anhänger der 3. Internationale als erste auf die Kandidatenliste gestellt. Dies kam dadurch zustande, daß man beim Aufrufen der Namen der Anhänger der 3. Internationale kommandierte "hände hoch". In der letzten Funktionärsfrage, die am 25. Februar stattfand, wurden den Kollegen darüber Vorhaltungen gemacht. Dorthin entzündeten sie sich damit, daß der betreffende Hilfsverwaltungsführer, der Hände hoch kommandiert hatte, angekündigt gewesen sei. Wahrscheinlich hat sich dieser Held erst Mut annehmen müssen. Nach diesen Vorgängen zogen ein Teil Kandidaten, denen die Gewerkschaftsbewegung höher steht als den Moskau-Jüngern, ihre Kandidatur von dieser Liste zurück.

Die Ortsverwaltung versuchte nunmehr, eine einheitliche Liste, bei der alle Parteizulassungen berücksichtigt wurden, aufzustellen. Die Herstellung dieser Liste gelang ihr und die an dieser Arbeit beteiligten Kommunisten verpflichteten sich, mit ihrer ganzen Macht für diese Liste einzutreten. Am Donnerstag, dem 20. Januar, stand wieder eine Funktionärsfrage statt, in der die von der Ortsverwaltung vorgelegte Liste wiederum zu Falle gebracht wurde. Stattdessen daß die Anhänger der 3. Internationale ihrer Versprechnung nun mit ihrer ganzen Person für diese einheitliche Liste eingetreten wären, gab man dort eine lebenslange Erklärung ab. Wahrscheinlich hatten die kommunistischen Ortsverwaltungsmitsglieder für ihre Arbeit, die sie im Interesse der Organisation bei der Aufstellung der Liste geleistet hatten, von der Fraktion einen anständigen Rüffel bekommen.

In der Generalsversammlung am 23. Januar wurden dann von den acht zu wählenden Ortsverwaltungsmitsgliedern, die von der 3. Internationale gewählt, auch in der Generalsversammlung wurde nach den Anweisungen der Münzgasse in Berlin verfahren, indem man erst einen Teil kommunistischer Redner vorstieß, welche für ihre Kollegen Propaganda machten, jedoch die Kollegen, die den Moskau-Jüngern entgegenzutreten wollten, niederschrie, so daß es der anderen Seite nicht möglich war, die wahren Tatsachen aufzurollen. Der übliche Schluszantrag folgte selbstverständlich, nachdem man genügend für seine Kandidaten Propaganda gemacht hatte.

So wie es in Leipzig gegangen ist, so ist es ebenfalls in anderen Städten geschehen, z. B. in Köln, wo man dazu gekommen ist, zwei Ortsverwaltungen zu wählen, oder wie in Berlin, wo der aus der Organisation ausgeschlossene ehemalige Eisenbahner Geschäft mit einer Anzahl Kollegen in die Versammlung eingebunden ist, und die Versammlung sprengte. Alle diese Vor-

gänge haben den Hauptvorstand dazu veranlaßt, um nicht die nüchtern aufgebauende Organisation wieder in Trümmer gehen zu lassen, energische Maßnahmen zu ergreifen. Der Hauptvorstand hat deshalb den Angestellten der Organisation, sowie auch den neu gewählten Ortsverwaltungsmitsgliedern eine Erklärung zu unterschreiben vorgelegt. In der Erklärung ist gesagt, daß für die Unterzeichner nicht die Anweisungen der roten Gewerkschaft internationale in Moskau oder ihren Unterstanzten möglichen, sein sollen, sondern daß sie ihn das Verbandsstatut, die Verbandsstatuten schließen und die Beschlüsse der Ammer Gewerkschaft internationale vereinbaren lassen, nachgebend sein sollen. Diese Erklärung haben die kommunistischen Ortsverwaltungsmitsglieder nicht unterschrieben. womit sie klipp und klar bewiesen haben, daß sie die Moskauer Anweisungen ausschlaggebend sind, und daß ihnen an der Geschlossenheit der Organisation, die sie bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit im Munde führen, gar nichts geschieht. Der Hauptvorstand hat deshalb eine Urwahl für die Ortsverwaltung angeordnet. Diese Urwahl ist auch ganz gerechtfertigt, da nach den Verhältnissen von den Betriebskollegen die reichliche Hälfte nicht an den Versammlungen teilnehmen können. Gleichzeitig ist nur, daß die Anhänger der 3. Internationale die Urwahl ablehnen. Dadurch beweisen sie, daß sie getreu nach ihrem Programm verfahren.

Kollegen! Ihr seht, wohin die Fahrt durch die Verfehlungsarbeit der Kommunisten geht. Wollen wir diesen Leuten den Verband abvertrauen? Nein! und abermals nein! Darum rüftet zur Abwehr und wählt am 6. März nur die Kollegen, welche auf dem Boden der gewerkschaftlichen Einheit und des proletarischen Klassenkampfes stehen. Rüttelt die Lauen und Saumseiligen auf und fordert sie auf zur Wahl!

Wählt am 6. März nur die Liste:

1. Bevollmächtigter Endorf;
2. Bevollmächtigter Weisse;
- Kassier Müller, Edwin;
- Schriftführer Wittenberger.

Weisiger:
Nichter, Hermann, Beamter;
Mirkner, Richard, Schlosser;
Taschenberger, Fritz, Hilfsschaffner;
Urbach, Albert, Ladelschaffner;
Müller, Richard, Dreher;
Becker, Emil, Bua;
Niedrich, Richard, Dreher;
Müller, Rudolf, Beamter.

Mit Schere und Blaulicht!

Die Freie Presse behauptet, wir hätten einen Originalartikel von ihr abgedruckt. Der Rote Kuriert greift mit schamlosen Behauptungen die Behauptung auf. Die Freude, die davon bei dem Paar entstanden ist, müssen wir leider zerstreuen. Der fragliche Artikel — es handelt sich um das Urteil des Landgerichts in der Platte des Reichsgerichtsvertrages gegen die Verbindlichkeitserklärung des Tarifs — ist nämlich eine „Zulässigkeit des Centralverbandes der Angestellten“. Da die Freie Presse unter chronischen Stoffmangel leidet, was sie in der Lage, ich fahrt 14 Tage früher zu bringen, wir wir. Deshalb hab es aus, als wenn wir ihr nachdrucken hätten.

Wir gratulieren zu den Reihen und zu der Originalarbeit der Freien Presse.

Aktion, Baumaser!

Durch Vermittelung des Dem.-Komm. für die Kreishauptmannschaft Leipzig haben erneut Verhandlungen mit der Maler- und Lackierer-Innung stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß ab 25. Februar der Lohn um 60 Pf. pro Stunde erhöht wird. Die Innungssammlung hat am 3. März diesen Beschluss abgelehnt. Danach besetzte der Stundenzug 1. Lohn ab 25. Februar 1921 für Gehilfen über 20 Jahre 6.30 Pf. pro Stunde.

Indem wir diese Vereinbarung zur Kenntnis der Kollegen bringen, erüben wir, uns alle Betriebe hiergegen umgehend in unserem Bureau, Gerberstraße 1, III., Zimmer 80, zu melden.

Die Fristverlängerung des Verbandes der Maler usw.

Einigung im Transportarbeiterstreik in Potsdam.

Die vom Reichs-Arbeitsministerium im Transportarbeiterstreik in Potsdam geführten Verhandlungen haben gestern nachmittags ein glänzendes Ergebnis erzielt. Es wurde eine Einigung zwischen den Parteien erreicht hinsichtlich der Lohnfrage, daß die Streitfrage nicht bezahlt werden und daß die Streikenden wieder eingesetzt werden sollen. Die endgültige Genehmigung vonseiten der Arbeitgeber steht noch aus. Immerhin hat die Arbeiterschaft zur Übernahme der Postarbeiten im bisherigen Rahmen der Tätigkeit der technischen Not hilfe bereit erklärt, die zurückgezogen wird.

Der Potsdamer Streik ist auf Grund eines Schiedsgerichtes abgebrochen worden. Die noch bestehenden Differenzen zwischen den Arbeiterguppen sollen noch durch Unterhandlungen der Streitleitung beigelegt werden.

In dem Vorsitz des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen usw. Gruppe 4 (Sachsen) und dem Transportarbeiterverband, Gruppe 5, und sonstigen Angestellten ist der vom vereinbarten Schiedsgericht am 26. Februar erlangte Schiedsentscheid von beiden Parteien angenommen worden.

Die Hafenarbeiter in Hamburg und Altona haben wegen Ablehnung des von ihnen erforderten Bruttolohns von 10 Mr. für den Tag gestern die Arbeit niedergelegt. Der Hafenbetrieb ruht vollkommen.

Die beste Bekämpfung der Grundidee

■ das Werben neuer Abonnenten
■ für die Volkszeitung!

Amtliche Bekanntmachungen.

1000 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 16. Februar 1921 sind aus einem Wissensgrundstück in Marienfelde nachstehend aufgefahrene Gegenstände mittels Einbruch entwendet:

Ein Adler-Fahrrad, Modell Nr. 1, mit der Nummer 588 887 unter dem Tretkurbellager angebracht. Das Rad ist neu, mit neuer Verkleidung, schwarz lackiert, mit vernickelten Spiegelchen, Rücktrittbremse, neuer vernickelter Carbidelampe, Nadelrolle und am Rahmen

angebrachter Schwarzlackierter Luftrumpf verkleidet, sowie brauner Werkzeugtasche und Sattel. Ferner ein schwarzer Polster, Bettwäsche, darunter 8 Bettlaken, weiß, teils mit Bandknoten und Knöpfchen verziert, eben solchen Kopfkissenbezügen und Damast-Bettbezügen. Servietten, Damast-tischläufer, teils gezeichnet M. J., Taschen-tücher, gezeichnet F. Z., Damenhemden, gezeichnet L. K., Kindershirts und sonstige Wäsche-teile, ein kleiner Brotapparat, Glasschneider, eine Wolldecke usw.

Sachliche Mitteilungen erhielt schnellstens die Landes-kriminalpolizei, Brig. Leipzig, Wöhrlstraße 6, Zimmer 6, oder der Gefolgschaft, die unter Telefon 6880, Zigarettenladen Reichsstraße 24, zu erreichen ist.

Fröhlig eingetroffen!

Runkelrüben

Web-Anzüge bis 850

Futtermöhren

Hosen gestreift 75–175

Speisemöhren

Bad. Coverts billig

Speisezwiebeln

Burgstr. 13, II. I.

taufen Sie gut und billig.

auch bei Ihnen in kleineren

Polen

In Brat- und Back-

Fett à Pf. 9.50

ia Margarine . . . 10.00

K. Strahmer Molkerei

Johannisplatz 19

Zweigkaffee Blauwitz

Klingenthalstr. 16

Klingenstrasse 1.

Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einfäulen die

Interessen der Leipziger Volkszeitung

Die Vermietung von Mehrwohnungen betr.

Achtung!
Ein besonders preiswertes Angebot!
Ein grosser Posten

Herren- u. Damen-Stoffe
140 cm breit
werden abgegeben zu Pfund Fabrikpreisen von Mk. 40., 50., 60., 65., 70., 75., 80.
bis 100.- per Meter
Schneller und Mündler Extrasparsel
Besichtigung gern gestattet ohne Kaufzwang.

J. Sternreich
L.-Kleinzschocher, Glessnerstr. 69 (Laden).

Bung! Heute und folgende Tage **Bung!**
Prima junges fettes Rind
Stieldecke . . . Pfund 8 Mt.
Schadens . . . Pfund 8 Mt.
la Knoblauchwurst Pfund 9 Mt.
Blutwurst, Leberwurst und Glücks . . . Pfund 6 Mt.
Wiener Würstchen Paar 1 Mt.
Reischlächterei Wilh. Finn, L.-Eutritsch
Mandaustraße 25.

Salzspeck Pf. 9.50
In weisse hohe Kernware, von 10 Pf. an billiger
Abandroths Fettzentrale, Vo., Rabat 52
Schneider, Schönefeld, Stettiner Str. 36

Arbeitsmarkt

Mehrere tüchtige Former
suchen für sofort
Otto Dohler & Co., Eisengießerei, Elsenberg/Thür.

Eisen-Dreher
sofort gesucht
Berlin - Erfurter Maschinenfabrik
Henry Pelz & Co., Erfurt.

Kräft. Dreherlehrling
für Männer gesucht. Vorzustellen Sonnabend von 1-2 Uhr.
Hugo Laboor & Co., L.-Sellerh., Wurzner Str. 100

Tüchtige, durchaus perfekte
Korsett-Näherinnen
gesucht

Krieger, L.-Plagwitz, Karl-Heine-Str. 36.

Strassenhändler
und **Hausräuber**
für erträgliche, Fleischlager
(D. R.-G. D.) gesucht
Max König :: Leipzig
Brandvorwerft. 2.

18-20-jähr. Mann
sof. s. Hausräuber gel. Stumpf,
Leutsch, Lindenauer Str. 53.

Anlegerinnen für Buchdruck
sofort gel. Bauerische Str. 77,
Fabrikgebäude, II. Etage.

Zuv. chrl. Haussämmchen
infolge Erkrankung d. Ichig.
für sofort o. 15.3.1. gute Stell.
gesucht. Mit Zeugnissen zu
melden. Störlitzer Str. 73. I. r.

Aufwartung f. wöch. 1 Born.
gel. Geißler. Sonnenplatz 3. I.

Ja, selbst Frau sucht Aufw.
Off. A.M. 100 Pf. Obermann.

Verkäufer

Cognac B. 1/2 Liter. Pf. 40.-
Kordb. 35% . . . Pf. 40.-
verkauf Eisfests, Göhlio.
Bretzenfelder Straße 64.

Speise-Öleinöl
garantiert rein, Pfund 12.-
Grob- u. Kleinverkauf von
3-7-nachm. Schirmerstr. 7. II. R.

Zur Frühjahr-Aussaat
empfohlen alle Sorten

Blumen- und Gemüse-Samen
in nur bester, feinfähigster

Qualität; ferner
Rottin-Walz, Döllnermitt.,
Baumwachs, Obstbaum-
Karbolineum, Jussetten-
Kaugummi, Hanpuleim
Antifual für Blattlaus usw.

Katalog kostenlos s. Dienst.

Hans Liebig
Samenhandlung
Zehnza. Kolonialstraße 8
Nahe Dorotheenstr. 1.

Zigaretten - Tabal
60.-gr. Karton nur Pf. 7.50
Gericht. 40 u. Elsterstr. 3.-
Wiederverkauf. Engrospreise
ab Fabriktag. Elsterstr. 17. pt.

Tabal, rein Übersee,
100 Gramm 4.50 Markt,
sowie Zigaretten u. Zigaretten
in allen Preislagen

Obermann, Zeiger Str. 49.

Gelegentl. Hosen 30%, billiger
Kürnbachstr. 7. I. r. (sein 9d.)

Gericht. Anfälle, Gebrodanszug

Gutaway 100.-, gel. Hosen
Ung. - Val. Lange Str. 10. I.

per Militär-Hose kost-

billig Bind. Star 11. I. r.

Martha Lindam - Paunsdorf,

Hauptstr. 74, an der Kirche *
Blauen, Schützen, Strümpfe dfl.
Hosen, Reformholz, Strümpfe

Dörfmann, Zeiger Str. 49.

Reichstag.

Berlin, den 2. März.

Präsident Doebe: In einer andern Stadt Europas fallen heute und morgen Entscheidungen, die von unabsehbaren Folgen für unser Land und unser Erdteil sein können. Der Reichstag ist im gegenwärtigen Augenblick noch nicht in der Lage, dazu Stellung zu nehmen. Die Regierung kann in dieser Stunde Mitteilungen über die bekannten Vorgänge hinaus nicht geben. Unter dem Druck der ganzen Ereignisse, die auf uns lasten, treten wir vorläufig in die Erledigung der festgesetzten Tagesordnung ein, in der Hoffnung, daß die künftigen Ereignisse unsre Arbeit nicht unrichtig machen.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Gesetzentwürfe über Erhöhung der Post-, der Polizei- und der Telegraphen-Gebühren. Nach der Regierungsvorlage sollen eine Posttarife 0.40 Pf., ein Brief 0.60 bis 1.50 Pf., die Drucksache 0.15 bis 1 Pf., das Geschäftsbriefpapier 0.80 bis 0.80 Pf. kosten, ebenso ein Warenprobe, das Päckchen 2 Pf. Die Polizei-Gebühren sollen betragen bis 50 Pf. 0.20 Pf., und bis zu 2 Pf. aussteigen; die Telegrammgebühr soll betragen 0.30 Pf. pro Wort, mindestens aber 3 Pf. — Es entspricht sich eine heftige Geschäftsordnungsaussprache über die Frage, ob die Vorlage dem Hauperausschuss oder einem Sonderausschuss überwiesen werden soll.

Postminister Gleboeck weist darauf hin, daß jeder Monat Veränderungen der 150 Millionen Mark ausmache. Schließlich gehen die Vorlagen an einen Sonderausschuss von 21 Mitgliedern.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Entlastung der Gerichte. Der Ausschuss hat nur unwesentliche Änderungen an der Vorlage vorgenommen. Er fordert in einer Entschließung einen Gesetzentwurf zur Regelung des Güterverfahrens.

Eingegangen ist ein Antrag Hoffmann (Komm.) auf Entlastung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt.

Abg. Rosensfeld (U. Soz.): Der Gesetzentwurf will die Landgerichte entlasten und die Schöffengerichte belasten. Dagegen haben wir nichts einzurichten, denn diese Tendenz liegt auf dem Wege zu unserem Ziel, die Laientgerichte zu stärken. Der Schutz des Verteidigers muß erweitert werden. Wenn der Richter auch gegen Laien ohne Ordnungsstrafen nicht auszukommen meint, so müßte doch von Ordnungsstrafen gegen Rechtsanwälte abgesehen werden.

Abg. Deutzenherz (D. Wp.): Wir sind mit dem Entwurf in der Haupttarife einverstanden. Auch wie wünschen die Erweiterung des Güterverfahrens, wollen sie aber im Zusammenhang mit der allgemeinen Justizreform vorgenommen sehen, von der wir hoffen, daß sie recht bald vorgenommen wird.

Abg. Radbruch (Soz.): Zur Entlastung des Gerichtswesens überhaupt ist das Güterverfahren am geeignetesten, das eine völlige Reform durch Einführung des Bürgertrechts bringen würde. Das Güterverfahren sollte außerhalb der Justizreform durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Der Antrag der Ordnungsstrafeaushebung für die Verteidiger soll eine Bekleidung der Anwaltstafel bestimmen, die dahin geht, daß sie einen Unterschied macht zwischen der Anwaltschaft und der Staatsanwaltschaft.

Abg. Marx (Zenit.): Dem Ausbau des Güterverfahrens stehen wir sympathisch gegenüber. Über die grundsätzlichen Fragen der Justizreform sollte sich der deutsche Anwaltsverein äußern. Die Bestimmungen über die Auslösung der Schöffen und Geschworenen sind grundsätzlich gut und können daher im Rahmen dieses Votgesetzes nicht geändert werden.

Abg. Gräß (Thüringen) (Dnt.): Unsre Kollegialgerichte sind in dem heutigen Umfang viel zu stark belastet. Die Zeit der Abschaffung der Ordnungsstrafen wegen Ungehörligkeit vor Gericht erscheint uns jetzt nicht gegeben zu sein. Wird die Ordnungsstrafe abgeschafft, so könnte des Niveaus der Gerichtsverhandlungen auf das der Reichstagsverhandlungen herab sinken. (Große Unruhe links.) Den Antrag Hoffmann lehnen wir ab.

Abg. Brodau (Dem.): Auf eine große entlastende Wirkung des Güterverfahrens rechne ich nicht. Die Ausdehnung des Rechtes vom Schöffenamt ist von diesen immer als Kränkung empfunden worden.

Abg. Herzfeld (Komm.): In der Vorlage hat man die Entlastung der Strafgerichte zu einem Mittel gemacht, um die Grundlage des Schutzes der Angeklagten anders zu regeln. Die große Mehrzahl der Angeklagten wird durch die Novelle des Schutzes beraubt, daß alle Zeugen als Beweismittel berücksichtigt werden müssen.

Rechtsjustizminister Dr. Heine: Was die von den einzelnen Rednern gegebenen Anregungen betrifft, so bin auch ich Anhänger einer Erweiterung des Güterverfahrens, aber diese Angelegenheit muß bei der künftigen Reform der Zivilprozeßordnung behandelt werden. Die Aussprache hat bewiesen, wie wenig diese Frage noch geklärt ist. Den unabhängigen Antrag, die Ordnungsstrafen für Rechtsanwälte fallen zu lassen, bitte ich abzulehnen. Zunächst müssen darüber noch die Landesjustizverwaltungen und die Anwaltskammern selbst gehört werden. Auch um Ablehnung des kommunistischen Antrages ersuche ich, da er mit den vorliegenden Entwicklungen in seinem Zusammenhang steht.

Abg. Dr. Rosensfeld (U. Soz.): Ich ziehe den Antrag über die Erweiterung der Zuständigkeit der Schöffengerichte zurück. Bei geeigneter Gelegenheit werde ich ihn neuerlich vorbringen. Gegen die Angriffe des Herrn Graf auf den Reichstag erhebe ich schriftlichen Protest. (Beifall links.)

Abg. Brodau (Dem.): Vielleicht konnte man durch eine Entschließung die Regierung erzwingen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach im Jahr 1921 Frauen zum Schöffenamt zugelassen werden können.

Abg. Marx (Zenit.): Die Frage kann nicht in diesem Nottag geregelt werden, zumal da sie ja nicht einmal im Ausschuss besprochen worden ist.

Rechtsjustizminister Dr. Heine: Ich bitte um Ablehnung einer solchen Entschließung. In der nächsten Zeit wird dem Reichstag das Jugenddecreta zugehen, das eine Beteiligung von Frauen an der Rechtsplege vor sieht.

Abg. Frau Jäg (U. Soz.): Dem Rechtsjustizminister entgegne ich: Du irrst dich vergeblich, um zu verlegen.

Abg. Frau Pfüß (Soz.): Die Juristen sagen sich: Widerstehe den Anträgen! Lassen wir eine Frau zu, dann sind die Folgen unabsehbar.

Abg. Frau Deansfeld (Zenit.): Wenn wir auch grundsätzlich auf dem Boden der Zustimmung der Frauen stehen, können wir jetzt aus formalen Gründen diesem Antrag nicht zustimmen.

Abg. Frau Dr. Baum (Dem.): Wir werden unter allen Umständen für diese Anträge stimmen.

Abg. Frau Mackwitz (Komm.) und Frau Wurm (U. Soz.): begrüßen es, daß endlich die Zeit kommt, da die Frauen zu diesen Wahlen zugelassen werden.

Rechtsjustizminister Dr. Heine: Es ist unmöglich, so weitgehende Anträge im letzten Augenblick ohne Vorberatung im Ausschuss hier anzunehmen. Diese Frage hat mit der Verfassung nichts zu tun; diese verlangt nur, daß Frauen und Männer gleichberechtigt sein sollen (Große Unruhe), und dem werden Sie durch Annahme dieses Antrages nicht gerecht.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Ablösung der Frauen zum Amte eines Schöffen oder Geschworenen mit 170 gegen 126 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen angenommen. Dafür stimmten außer den Sozialisten aller Parteien die meisten

Demokraten und die bürgerliche Volkspartei. Der Reichskanzler fehlt nach Stimme dagegen.

Der Antrag auf Streichung der Ordnungsstrafe für Rechtsanwälte wurde im Hammelsprung mit 143 gegen 137 Stimmen angenommen.

Abg. Dr. Rosensfeld (U. Soz.): begründet einen Antrag, die Berufung auszulassen, ohne Bindung an eine Wertgrenze.

Abg. Brodau (Dem.): empfiehlt einen Antrag, wonach ein Urteil, gegen das die Berufung nicht zulässig ist, nur verhindert werden darf, wenn es in vollständiger Form abgefasst worden ist.

Abg. Dr. Radbruch (Soz.): Da die Streichung der 50-Mark-Grenze der Tendenz des Gesetzes widerspricht, lehnen wir sie ab. Wir lehnen aber auch die vom Ausschuss beantragte Erhöhung der Berufungsgrenze ab.

Abg. Marx (Zenit.): Die Erhöhung der Grenze richtet sich nicht gegen die Arbeiter. Es handelt sich ja nur um ein Notgesetz, um einen vorübergehenden Zustand.

Rechtsjustizminister Dr. Heine: ersucht, dem Entwurf zu stimmen. Die Ablehnung widerspricht dem Grundsatz der Saarland. Die Dreihundertmark-Grenze ist nämlich für heutige Verhältnisse nicht hoch.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Wir können auf die Bequemlichkeit der Richter keine Rücksicht nehmen. Das Gesetz steht uns höher.

Die unabhängigen Abänderungsanträge zu Art. 2 und 3 werden ebenfalls abgelehnt, dagegen wird der Antrag Brodau angenommen.

Abg. Marx (Zenit.): beantragt, daß das Gesetz ab 1. April 1921 in Kraft treten soll. Der Antrag wird angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Auf der Tagesordnung steht noch die zweite Lesung des Gesetzes über erhöhte Anrechnung der Relegationsdienstzeit der Beamten.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten beantragt, dem Gesetz die Zustimmung zu verweigern und statt dessen die Regierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Neuordnung der Ausläden, und Angestelltenversicherung eine ähnliche Berücksichtigung der Front- und Heimatdienst verbrachten Kriegszeit der Angestellten und Arbeiter, wie sie für die Beamten gesetzlich festgelegt ist, vorzuladen und zusammen mit dem Entwurf eines derartigen Gesetzes für die Beamten dem Reichstag vorzulegen.

Der Gegenstand wird zur nochmaligen Beratung an den Hauperausschuss verwiesen.

Danach verzogt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr: Körperschaftsteuer, Anschiedenschrift für 1920, Haushaltsermittlung für 1918, Kleine Anfragen. — Schluss 6½ Uhr.

Sächsischer Landtag.

20. Sitzung.

Mittwoch, 2. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Präsident verschiedene Sparmaßnahmen bekannt, die der Kammervorstand beschlossen habe, und ermahnt im Anschluß daran, auch im Plenum nicht allzu lange Reden zu halten, denn sie würden draußen im Lande doch nicht geladen, da es der Presse heute unmöglich sei, sie ausführlich wiederzugeben. Auch sollte man sich bei der Einbringung von Anträgen Beschränkung anstrengen und insbesondere die Frage ihrer Durchführbarkeit prüfen.

Dann wurde in die Beratung des Gesetzentwurfes über Veränderungen im Polizeiwesen

eingetreten. Seine wesentlichen Bestimmungen sind schon vor einiger Zeit bekanntgegeben worden.

Minister des Innern Lipinski begründet die Vorlage und hebt dabei hervor, daß sich zwischen der blauen und der grünen Polizei gewisse Gegensätze herausgestellt hätten, die dazu geführt hätten, daß die Frage ihrer Vereinigung erwogen werden wäre. Die grüne Polizei zählt 6000 Mann und einige Offiziere, die blaue Polizei, die Landespolizei usw. etwa 8000 Mann. Von den letzteren seien bereits 2000 staatlich angestellt. Die Polizeibehörden seien vor der Ausarbeitung der Vorlage geholt worden, desgleichen die Fachorganisationen der Beamten. Die gegenseitige Behauptung sei unzutreffend. Die Vorlage versucht einen Mittelweg einzuschlagen. Danach solle die Kriminalpolizei verstaatlicht werden, im übrigen sei der Verhandlungsweg mit den Gemeinden gewählt worden und je nach dem Stande dieser Verhandlungen würde dem Landtage die Verstaatlichung der Sicherheitspolizei in den einzelnen Gemeinden vorgeschlagen werden. Der Gedanke der Vorlage sei, daß man die staatliche Polizei nicht bloß im einzelnen Dorte, sondern auch im Bezirke und notwendigenfalls auch in anderen Landestellen verwenden kann. Damit sei die Möglichkeit gegeben, die grüne und die blaue Polizei unter ein Kommando zu stellen und ein reibungsloses Zusammenarbeiten zu erzielen. Ein der Regierung zugegangener Gegenseitigkeit wird von uns restlos getilgt. Dann wurde die Kriminalpolizei verstaatlicht werden, im übrigen sei der Verhandlungsweg mit den Gemeinden gewählt worden und je nach dem Stande dieser Verhandlungen würde dem Landtage die Verstaatlichung der Sicherheitspolizei in den einzelnen Gemeinden vorgeschlagen werden. Der Gedanke der Vorlage sei, daß man die staatliche Polizei nicht bloß im einzelnen Dorte, sondern auch im Bezirke und notwendigenfalls auch in anderen Landestellen verwenden kann. Damit sei die Möglichkeit gegeben, die grüne und die blaue Polizei unter ein Kommando zu stellen und ein reibungsloses Zusammenarbeiten zu erzielen. Ein der Regierung zugegangener Gegenseitigkeit wird von uns restlos getilgt.

Dann wurde die Kriminalpolizei verstaatlicht werden, im übrigen sei der Verhandlungsweg mit den Gemeinden gewählt worden und je nach dem Stande dieser Verhandlungen würde dem Landtage die Verstaatlichung der Sicherheitspolizei in den einzelnen Gemeinden vorgeschlagen werden. Der Gedanke der Vorlage sei, daß man die staatliche Polizei nicht bloß im einzelnen Dorte, sondern auch im Bezirke und notwendigenfalls auch in anderen Landestellen verwenden kann. Damit sei die Möglichkeit gegeben, die grüne und die blaue Polizei unter ein Kommando zu stellen und ein reibungsloses Zusammenarbeiten zu erzielen. Ein der Regierung zugegangener Gegenseitigkeit wird von uns restlos getilgt.

Abg. Castan (Soz.): Die Aussage des Ministers über die Notwendigkeit der einheitlichen Zusammenfassung des Polizeiwesens unter einheitlicher Oberleitung wird von uns restlos getilgt. Die ganzen Verhältnisse drängen geradezu auf eine Verstaatlichung des Polizeiwesens. Wenn die blaue Polizei die Auflösung der grünen Polizei verlangt, so gehe diese Forderung entschieden zu weit. Weder die blaue noch die grüne Polizei werden den Typ der künftigen Polizei abzugeben haben. Die ganze Frage müsse nicht vom einseitigen Standpunkte kommunaler Interessen behaftet werden, sondern vom Standpunkt der Allgemeinheit.

Abg. Dr. Görlitz (Dnt.): lehnt mit Rücksicht auf die Gemeindeautonomie die Verstaatlichung der Polizei ab.

Abg. Blüher (D. Wp.): steht im allgemeinen wohlwollend der Vorlage gegenüber, behauptet aber dabei, daß sie eine Rückwärtsentwicklung bilde.

Abg. Liebmann (U. Soz.): Wenn die Vorlage angenommen wird, erfüllt die Staatsgewalt eine Stärkung und bekommt die Polizei einen stark militärischen Charakter. Das birgt die Gefahr eines reaktionären Juges in sich. Die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Dies sind die Gründe, die uns bewegen, der Vorlage sehr vorsichtig gegenüber zu treten, zumal wir von vorhergehenden Gegnern der grünen Polizei gewesen sind. Sodann die Verstaatlichung der Polizei nicht mit Rücksicht auf die Bekämpfung des Verbrechertums bedingt ist, stehen wir der Vorlage mit den größten Bedenken gegenüber. Deshalb lehnen wir auch die von der Regierung in § 2 geforderte Blankoformular statt ab. Wir treiben damit keine Kürbissensibilität, sondern lassen uns von politischen Gewissungen leiten.

Abg. Renner (Komm.): spricht sich gegen die Vorlage aus, weil durch die Verstaatlichung der Polizei die von der Entente geforderte Einschränkung der Militärgewalt umgangen werden sollte, um ein Machtmissbrauch der Arbeitserschaft zur Verhinderung der

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird Ausschubberatung beschlossen.

Die drei letzten Punkte der Tagesordnung betreffen Orgel und Kapp-Putsch

und werden gemeinsam behandelt.

Abg. Renner (Kommunist): begründet den Antrag seiner Fraktion, die Regierung zu beantragen, sofort die Entwicklung der Orgel mit Hilfe der organisierten Arbeiterschaft vorzunehmen, die gegenrevolutionären Organisationen anzusiedeln und an deren Stelle einen proletarischen Selbstschutz aus organisierten Kämpfern zu bilden.

Abg. Sievert (Kommunist): begründet die Anträge bezüglich des Bestehens des Orgels in Sachsen und sagt dabei, daß es für ihn auf Grund von Dokumenten, die in seinem Besitz seien, sehr leicht, daß das Bürgertum in Sachsen sich planmäßig organisiert und bewaffnet und sich für den Kampf vorbereite. Seine Partei habe das größte Interesse daran, zu erfahren, was die Regierung in dieser Angelegenheit getan, zu erfahren, was die Arbeiterschaft bewaffnet werde, um die von bürgerlicher Seite vorbereitete Konterrevolution auszumerzen.

Abg. Grube (Kommunist): begründet den Antrag, die Regierung zu beauftragen, den bei der Abwehr des Kapp-Putsches Verwundeten und den Hinterbliebenen bis zur endgültigen Regelung eine laufende ausreichende Rente zu zahlen.

Minister des Innern Lipinski: In der Öffentlichkeit sei die Orgel recht stark umstritten worden. Zur Beantwortung der Frage, ob die Organisation verfassungsgesetzlichen Ansprüchen genügt, müsse man nicht nur deren Satzung kennen, sondern auch deren Tätigkeit. Die Orgel in Bayern müsse als eine mit staatlicher Zustimmung zustande gekommene und vom Staat finanzierte Organisation anerkannt werden, die enge Verbindung zwischen Einwohnerwehr und militärischer Organisation habe. Ihr militärischer Charakter werde jedoch durch das Organisationsstatut verschleiern, letzteres stemple die Organisation Escherich zu einem privaten Verein. Bei der Frage, ob es sich um eine erlaubte oder um eine verbotene Organisation handelt, müsse zwischen der Orgel in Bayern und der Orgel in Sachsen unterscheiden werden. Gestattet müsse werden, daß die Orgel in Sachsen weiter um Erlaubnis nachgefragt hat, noch daß sie von der Regierung anerkannt worden sei. Der damalige Minister Ehren habe — wie er erzählt — die Ausführungen des Abg. Renner feststellen wollen — die Orgel nicht bloß nicht anerkannt, sondern sogar schwarz abgewiesen. Bei der Beschlagsnahme in der Geschäftsstelle des Dresdner Bürgertums sei einwandfreies Material gefunden worden, aus dem hervorgehe, daß die Geheimhaltung der Organisation von vornherein zur Bedingung gemacht wurde. Ein vollständiger Mobilisationsplan war ausgearbeitet. Es ergab sich, daß die Orgel in Sachsen der baptistischen Organisation nachgebildet ist, nur mit dem Unterschied, daß man dort öffentlich tut, hier geheim betreibt. Die Orgel müsse also in Sachsen eine andere Bedeutung erlangen als in Bayern. Soweit festgestellt werden konnte, sei die Orgel in Sachsen nicht bewaffnet. Im Falle Hornau sei ein Strafverfahren eingeleitet worden, das jedoch von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist (Hört, hört rechts), und zwar in der Annahme, daß die Orgel in Einvernehmen mit der Reichswehr handele. Demgegenüber ist aber festgestellt worden, daß es die amtlichen Stellen der Reichswehr abgelehnt haben, mit der Orgel in Verbindung zu treten. Gegen die Einstellung beschließt der Staatsanwaltshaft habe das Ministerium Einspruch erhoben, um die Rechtslage klarzustellen. Der Minister vertheidigt die Verordnung, daß Beamte der Orgel nicht angehören dürfen, und bemerkt, daß er die Gerichte, daß die Orgel-Zeute in Sachsen einen Punkt vorbereiten, mindestens für stark übertrieben halte, daß unter Umständen die baptistische Bewegung auch auf andere Reichsstädte übertragen werden solle, erscheine ihm dagegen wahrscheinlich. Deshalb dürfte es aber nicht bloß bei Warnungen und einzelnen Strafanzeigen bleiben, daß ganzes Volk mithilfet und selbstverständlich eingesetzte Bewegungen beobachtet, der Regierung davon Mitteilung machen, damit diese unverzüglich einschreiten kann.

Die fortgesetzte Drohung der Orgel und ihr Auftreten in Bayern trage eine starke Beunruhigung in die Bevölkerung hin und löse auf der anderen Seite das immer stärker werdende Verlangen

Arbeiterschaft zu der Überzeugung gefangen, daß sie mit einem Vergehen auf Granit befreien, daß sie eine geschlossene Arbeiterschaft vorfinden, die alles ausüben wird, um die gegenrevolutionären Pläne von Anfang an und im Reime zu zerstören.

Von den Abg. Müller (U. Soz.) und Wirth (Soz.) ist folgender

Antrag

eingegangen:

„Die Regierung wird beauftragt, die Entwicklung und die Auslösung des Orgels und anderen gegenrevolutionären Organisationen mit allen Mitteln durchzuführen, Staatsbeamte, die die ungeeigneten Treibereien gegenrevolutionärer Organisationen unterstützen, zu bestimmen, und dem Landtag von dem Ergebnis dieser Aktion Mitteilung zu machen.“

Der Landtag verneint die Rechtmäßigkeit der deutschen Justiz, durch die dem verbrecherischen Treiben der Orgelschleute Vorwurf gelegt wird.“

Abg. Müller-Leipzig (U. Soz.): Alle proletarischen Parteien müßten einig sein in der Abwehr der gegenrevolutionären Bestrebungen, die sich nicht bloß gegen den republikanischen Staat, sondern vor allem gegen die Arbeiterschaft richten. Man habe alle Veranlassung, der Bewegung befürwortete Aufmerksamkeit zu widmen, da die Orgelschleute jederzeit ihre Waffen verschieben könnten. Das Verbot dürfte nicht bloß auf dem Papier stehen bleiben, sondern es müsse mit allen Mitteln weitergetragen werden. Deshalb sei der vorliegende Antrag eingegangen worden. Nachdem eben dargelegt worden sei, daß die Orgelschleute gegen das Gesetz verstößen, bestehne kein Anlaß, Beamte zu dulden, die die Orgelschleute unterstützen.

Abg. Beutler (Drot.): Wenn die Orgelschleute tot geredet werden könnten, so wäre sie schon tot.

Abg. Bünker (D. Vp.) ist damit einverstanden, daß man die Freie ruhig beurteilen müsse.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) bedauert, daß man wieder einmal einen so schönen Nachmittag mit so fruchtbaren Debatten zugebracht habe. Das Verbot der Orgelschleute sei eine Rechtsfrage, über die das Parlament nicht zu entscheiden habe.

In Anwesenheit von 21 Abgeordneten wird abends gegen 8 Uhr die Debatte geschlossen.

Es folgen die Schlusssätze der Antragsteller. Die Anfrage über hat sich durch die Aussprache erledigt. Der Antrag auf Entschließung der bei der Abwehr des Kap.-Würtz'schen Verwundeten geht an den Rechtsausschuß. Über den Antrag Müller-Wirth soll später abgestimmt werden.

Aus dem Stadtverordnetensaal.

Sitzung vom 2. März.

Die auf 6 Uhr anberaumte Sitzung sonnte erst 6 Uhr 25 Min. vom Vorsteher Seger eröffnet werden.

Bei Verlehung der Eingänge kritisiert Stadtv. Pöppig, daß der Rat es ablehnt, Siedlung zu den in der Fackel erhobenen Böewürken gegen das Kinderkrankenhaus zu nehmen. Die Behauptungen des Blattes greifen viel weiter als die Kritik, die seinerzeit im Plenum der Stadtverordneten geübt wurde.

Eine Eingabe des Mietvereins macht Stadtv. Krüger zur Kenntnis und weist darauf hin, daß sich der Meisterchaft wegen der unerhörten Mietsteigerungen eine immer steigende Empörung bemächtigt. Man sei der Meinung, das Meisterungsamt würde immer mehr im Interesse der Hausbesitzer. Es warnt davor, auf diesem Wege weiterzufahren. Nach einer kurzen Pausen wird in die Tagesordnung eingetreten.

Verlauf der Schundliteratur an die Schuljugend.

Eine Eingabe von Elternräten, Lehrern und Schreibwarenhändlern von Lindenau ersucht die Stadtverordneten, auf den Rat einzutreten, im Sinne der Verordnung des Kultusministeriums den Kampf gegen die Schundliteratur zu unterstützen.

Stadtv. Rößig verlangt die Beseitigung des Schunds aus den Kiosken.

Stadtv. Freitag: Die Belästigung der Verbreitung der Schundliteratur trifft nicht die Wurzel des Übelns. Diese liegt in der bürgerlichen Kultur, die den Massen Glauben, statt Wissen, Unbildung statt Bildung gibt. Bekanntest wird das ganze Problem durch die Tatsache, daß in einer 7. Knabenklasse bei der Befragung der Erziehung der Welt ein Kind gefragt habe, ob Gott auch die Halbwelt geschaffen habe. Man hat bei ihm einen Juvalterroman „Dämonen der Liebe“ gefunden. Eine Jugend, der man statt der Resultate der wissenschaftlichen Forschung Schöpfungsmärchen erzählt, muß auch auf andern Gebieten den Unterschied zwischen Wahrem und Falschem, Wertvollem und Schund verlieren. Ihr Bedürfnis nach Erleben, ihr Stoffhunger wird vom kapitalistischen Profitinteresse ausgebunet, das um großer Gewinne will, sich vor der geistigen und moralischen Verfehlung der Jugend nicht schaut. Erfreulich ist, daß Eltern und Lehrer sowie auch die Schreibwarenhändler sich zur Bekämpfung zusammengefunden haben. Solange aber die Behörde nicht ihre Machtmittel in den Dienst der Sache stellt, wird der Kampf nicht gründlich geführt werden können. Es ist zu wünschen, daß ein gemeinsamer Ausschuß aller Beteiligten sich mit den notwendig werdenden Maßregeln beschäftigt.

Stadtv. Jeremias: Die Hersteller von Schundliteratur verschaffen sich hinterherum Papier, während gute Literatur nicht gedruckt werden kann. Die Schreibwarenhändler handeln in einer Notlage, weil der Betrieb von Schreibwaren kommunalisiert wird. Die ersten Seiten der Bibel bieten die Wissenschaft einer vergangenen Zeit dar und die größten Geister sind sich darüber einig, daß sie alle Literatur der Welt aufwiegen.

Stadtv. Herz: Der Genuss von Schund ist interfraktionell. Redner findet es komisch, daß der Drang nach Schundliteratur ein Zeichen des Bankrotts des bisherigen Erziehungssystems sein soll. Die Märchen sind für die Erziehung der Jugend unabdinglich nötig.

Stadtv. Klemm: Der Buchhandel lehnt in seiner Mehrheit den Vertrieb von Schundliteratur ab. Es sind nur einige wenige Firmen. Die Eingabe wird dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen.

Sportclub „Wader“.

Eine Ratsvorlage willst die Befestigung eines Erbbaurechts an etwa 100 000 Quadratmetern Land am Tauchaer Wege für den Sportclub „Wader“, Leipzig, (E. V.). Die Ausschüsse beantragen Ablehnung.

Stadtv. Rößig tritt nach eingehender Erläuterung durch den Berichterstatter für die Annahme der Ratsvorlage ein.

Stadtv. Hagen: Die Vorteile eines solchen Vertrags dürfen nicht außer acht gelassen werden. Es ist ein Interesse der Stadt gegeben. Wir werden für die Ratsvorlage stimmen.

Stadtv. Scheib: Wir sind nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Wir sind keine Gegner des Sports, können uns aber nicht entschließen, den Grundsatz fallen zu lassen, auf Kosten der Allgemeinheit private Vereinigungen nicht zu unterstützen. Wir wollen den Sport unterstützen, wenn er der Körperpflege dient, nicht aber eine Sportferei, wie sie sich jetzt auch in Leipzig dreht. Man will durch die bürgerliche Sportferei die Arbeiterschaft von der Vertretung ihrer eigenen Interessen ablenken. Die Erfahrungen zeigen, daß bürgerliche Sportvereine sich enorme Einnahmeketten verschaffen haben, die wir nicht kontrollieren können. Wir wollen gern Spiels- und Sportplätze für die Allgemeinheit haben, aber nicht für einzelne Vereine schaffen, und nicht wahl- und artlos, sondern in allen Bezirken. Dazu ist die Stadt verpflichtet. So aber kommt jeden Tag ein anderer Klub und verlangt städtisches Areal. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wir brauchen auch das Land zu Zwecken der Ernährung viel mehr. Die bürgerlichen Vereinigungen sind sehr gut imstande, die Kosten selbst zu tragen. Wenn man Geld

für die Orgelschleute hat, wodurch man wohl auch welches für den Zweck sportlicher Übungen aufbringen können. Für den Fall der Ablehnung des Ausschuhantags beantrage ich: a) das Land statt in Erbbaurecht in Pacht zu geben, b) es auf zehn Jahre zu verpachten, c) die Fläche auf 50 000 Quadratmeter zu beschränken, d) den Pachtzins in den ersten fünf Jahren auf 10 Pf., in den zweiten fünf Jahren auf 15 Pf. pro Quadratmeter festzustellen. Werden diese Anträge abgelehnt, dann stelle ich den Eventualantrag: das Gelände nur unter der Bedingung zu überlassen, daß 50 Proz. des Gewinns bei Veranstaltungen mit Eintrittsgeldern der Stadt zur Förderung der Körperpflege zufließen.

Stadtbaurat Peters: Wir haben auch Arbeitervereinen Plätze abgegeben. Wir haben wohl Areal, aber nicht die Mittel, große städtische Sportplätze zu schaffen. Es war uns deshalb erwünscht, daß der Sportclub „Wader“ auf seine Kosten einen solchen Platz ausbauen will.

Stadtv. Hagen: Wir wollen die grundhafte Ausschaffung hochhalten und jeden Verein gleich behandeln. Die Vorlage bedeutet keine Belastung für die Stadt, sie liegt im Interesse der Schuljugend.

Stadtv. Jeremias bedauert, daß Scheib auch in die Sportache den Klassenkampf trügt.

Stadtv. Scheib: Die Turnvereine höhster Richtung benutzen ihre Mitglieder nur als Schleppenträger für die bürgerlichen Parteien. Auch die alte sozialdemokratische Fraktion hat keine städtischen Mittel für Privatvereine bewilligt.

Mit 34 gegen 31 Stimmen werden die Anträge Scheibs abgelehnt und die Ratsvorlage angenommen.

Zu dem Objekt über die Tagegelder und Neukosten der Ratsmitglieder und städtischen Beamten steht Anhang über die Einteilung der Dienstabschlußungen und die Höhe der Tagegelder, des Zu- und Abgangs und der Kilometergebühren beantragt der Verfassungs- und Finanzausschuß: 1. in § 2 Abs. 2 des Ortsgeleisches die Worte „öffentlichen Versammlungen“ zu streichen und in § 3 Abs. 1 Satz 3 das Wort „Hauptrichtung“ zu ersetzen durch „Haushaltspolitik“. 2. den Rat zu ersuchen, in allen Fällen, wo es sich um die Wahrung des Mitbestimmungsrechts der Stadtverordneten handelt, das Ortsgeleis entsprechend zu ändern, 3. der Vorlage im übrigen zuzustimmen.

Dazu wird ein Antrag Krüger angenommen, bei Überachtungen die drei Stufen wegfallen zu lassen und einheitlich 20 Pf. zu gewähren.

Eine Eingabe wegen

Ausschaffung der städtischen Bildhauer- und Stuckarbeiten in Regie soll dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Die Stadtv. Bollerhof u. Wünschmann wenden sich dagegen.

Stadtv. Voigt polemisiert gegen Bollerhof. Die Gehilfen bezeichnen den Arbeitsnachweis, die Meister aber veranschlagen gemeinsam die Arbeit und bestimmen einen, den niedrigsten Preis zu fordern, der aber immer so hoch gehalten wird, daß er auf seine Kosten kommt und die Meister beschäftigen kann. Manche von diesen bezahlen neben ihrer Beschäftigung auch noch Unterstützung.

Stadtv. Bollerhof: Herr Voigt hat meine Ausführungen über die Not der Meister bestätigt. Sie sollen nur Ihre Bonzen unterbringen, weiter nichts.

Stadtv. Wünschmann: Die Arbeiter glauben, sie brauchen keinen Meister mehr. Der Arbeiter hat nur auszuführen, was der Meister günstig geschaffen hat. Die Gehilfen liefern gewöhnlich nach Schluss der Arbeitszeit viel Pfuscharbeiten.

Stadtv. Hagen widerlegt in eingehenden Ausführungen die Behauptungen Wünschmanns.

Der Ausschuhantag wird gegen eine Anzahl Stimmen angenommen.

Kinderkrankenhaus und St. Georg.

Zur Beratung stehen ein Ratsbeschluss Kinder ins Krankenhaus zu St. Georg aufzunehmen und zur Ausschaffung von fünfzig Kinderbettenstellen nebst Zubehör 200 000 M. zu der für das Krankenhaus zu St. Georg insgesamt veranschlagten Bausumme nachträglich aus Unleihmitteln zu bewilligen, und eine Eingabe hierzu.

Der Stiftungs- und Finanzausschuß sowie die Mitglieder des Kollegiums im Ausschuß für Jugendarbeit beantragen: Zu A 1. der Vorlage mit der Eingabe zuzustimmen, daß die geforderten 200 000 M. nur als Berechnungsgeld bewilligt werden, zu B 2. die Eingabe dem Rat zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Stadtv. Mendelsohn-Bartholdy beantragt, Kinder unter sechs Jahren nicht nach St. Georg überzuführen. St. Georg ist für Infektionskrankheiten nicht eingerichtet. Wir brauchen eine spezialistische Behandlung der Kinder, die St. Georg nicht geben kann. Die Eingabe der Fakultät und der Arzte des Kinderkrankenhauses sind sehr zu beachten. Der Fakultät wird die Berufung einer ersten Kraft auf den verwaisten Lehrstuhl für Kinderheilkunde sehr erschwert, wenn das Arbeitsgebot für dieselbe noch verkleinert wird. Eine erste Kraft für die Leipziger Universität ist auch im Interesse der städtischen Fürsorge notwendig.

Stadtv. Ditz: Um eine Erweiterung des Kinderkrankenhauses, die 8 Millionen kosten würden, ist zur Zeit nicht zu denken, bautechnische Veränderungen werden aber nach der Verstadtlichung sofort stattfinden müssen. Die Infektionsgefahr ist in St. Georg viel geringer. Die Kinder sind zum allergrößten Teil in kleinen Zimmern untergebracht. Hätte die Fakultät den Rat zu einer Berufung augezogen, dann wäre die Eingabe wahrscheinlich unterblieben. Den Leiter von St. Georg muß ich gegen den Vorwurf der Unfähigkeit spezieller Kinderbehandlung in Schutz nehmen. Das Kinderkrankenhaus hat selbst unmittelbar Kinder nach St. Georg überwiesen.

Stadtv. Herz: Der Genuss von Schund ist interfraktionell. Redner findet es komisch, daß der Drang nach Schundliteratur ein Zeichen des Bankrotts des bisherigen Erziehungssystems sein soll. Die Märchen sind für die Erziehung der Jugend unabdinglich nötig.

Stadtv. Klemm: Der Buchhandel lehnt in seiner Mehrheit den Vertrieb von Schundliteratur ab. Es sind nur einige wenige Firmen. Die Eingabe wird dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen.

Sportclub „Wader“.

Eine Ratsvorlage willst die Befestigung eines Erbbaurechts an etwa 100 000 Quadratmetern Land am Tauchaer Wege für den Sportclub „Wader“, Leipzig, (E. V.). Die Ausschüsse beantragen Ablehnung.

Stadtv. Rößig tritt nach eingehender Erläuterung durch den Berichterstatter für die Annahme der Ratsvorlage ein.

Stadtv. Hagen: Die Vorteile eines solchen Vertrags dürfen nicht außer acht gelassen werden. Es ist ein Interesse der Stadt gegeben. Wir werden für die Ratsvorlage stimmen.

Stadtv. Scheib: Wir sind nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Wir sind keine Gegner des Sports, können uns aber nicht entschließen, den Grundsatz fallen zu lassen, auf Kosten der Allgemeinheit private Vereinigungen nicht zu unterstützen. Wir wollen den Sport unterstützen, wenn er der Körperpflege dient, nicht aber eine Sportferei, wie sie sich jetzt auch in Leipzig dreht. Man will durch die bürgerliche Sportferei die Arbeiterschaft von der Vertretung ihrer eigenen Interessen ablenken. Die Erfahrungen zeigen, daß bürgerliche Sportvereine sich enorme Einnahmeketten verschaffen haben, die wir nicht kontrollieren können. Wir wollen gern Spiels- und Sportplätze für die Allgemeinheit haben, aber nicht für einzelne Vereine schaffen, und nicht wahl- und artlos, sondern in allen Bezirken. Dazu ist die Stadt verpflichtet. So aber kommt jeden Tag ein anderer Klub und verlangt städtisches Areal. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wir brauchen auch das Land zu Zwecken der Ernährung viel mehr. Die bürgerlichen Vereinigungen sind sehr gut imstande, die Kosten selbst zu tragen. Wenn man Geld

zumachen und führe das an einer Villa, Weststraße 23, nachzuwesen.

Stadtv. Wünschmann bestreitet die Zuständigkeit des Kollegiums.

Berichterstatter Seger belehrt ihn darüber, daß bei Wohnungsfragen ein Allgemeininteress vorliege. Das Kollegium habe auch in dieser Beziehung die Tätigkeit des Rates zu überwachen.

Stadtv. John: Wir haben die Pflicht, uns um die Tätigkeit des Wohngesetzes zu kümmern. Unser Wohngesetzamt tut nicht was notwendig ist. Sogar Ratsmitglieder belügen die Verordnung des Rates nicht! Wenn in Leipzig über 7000 Familien keine Wohnungen haben, müssen endlich die Kasernen freigemacht werden. Hier könnte der Städtebau einen Druck auf die Regierung ausüben. Redner nennt eine Anzahl unbewohnter Wohnungen und kritisiert die Sprachpraxis des Wohngesetzamtes, durch die Mietsteigerungen in unerhörter Weise vorgenommen werden.

Stadtv. Hoffmann: Hier unterscheidet ein Einzelfall mit einer ganz persönlichen Spur Ihrer Beurteilung. Hinter dieser Ermittlung steht der Wunsch eines Herrn, der nach dem Krieg die Mittel besitzt, ein Haus zu kaufen und sich dadurch eine schönere Wohnung als seine bisherige zu verschaffen. Das ist eine Verkennung des Begriffes der Zwischenquartierung. Es ist das Bestreben des Wohngesetzamtes, den Überfluss an Wohnräumen zugunsten der Wohnunglosen auszunützen. Wir haben schon alles mögliche in Bewegung gesetzt, um die Kasernen belegen zu können. — Was die Brüder des Wohngesetzamtes betrifft, so sind die eingetretene Fälle mit über 50 Prozent Erhöhung nicht beweisstet. Im allgemeinen beträgt die Erhöhung 40 bis 50 Prozent. Leipzig steht sehr gut da. Der Kampf gegen die Bestrebungen der Interessenten ist ein sehr schwerer. Wir bemühen uns nach neuen Mitteln, die angewandt werden sollen, wenn die jetzigen versagen. Nach einigen weiteren Bemerkungen wird der Ausschuhantag gegen einige Stimmen angenommen.

Dringlicher Antrag der U. S. P.

Oberhaltung der Standesämter an Sonntagen.

Ein dringlicher Antrag der U. S. P. bittet das Kollegium, den Rat zu ersuchen, alle Leipziger Standesämter auch an Sonntagen einige Stunden zur Entgegnahme von Kirchenausstiegserlaubnissen offen zu halten.

Stadtv. Bernhard begründet den Antrag. Man kann ein Schlangenleben vor den Standesämtern beobachten zum Zwecke der Abmeldung aus der Kirche. Auf Grund der hohen Kirchensteuern treten eine Menge Menschen aus der Kirche aus. Der Andrang ist so groß, daß Stundenlang gewartet werden muss. Dabei wird noch eine unterschiedliche Behandlung gemacht, indem man die Anstrengenden warten läßt, bis die anderen erschöpft sind. Die Anstrengenden erschöpfen dadurch eine Einbuße an Wohl und müssen mitunter zweimal kommen, da sie an einem Tage nicht alle abgesetzten werden können.

Stadtv. Bödner wünscht den Antrag den Ausschüssen zu überweisen.

Stadtv. Sommer befürwortet den Antrag, weil dadurch die Sonntagsarbeit für die Beamten eingespart wird.

Stadtv. Liebmann: Es handelt sich nicht um dauernde Sonntagsarbeit. Der Andrang ist gegenwärtig so stark, daß er nicht bewältigt werden kann. Die Mehrarbeit muß natürlich bezahlt werden.

Stadtv. Jeremias: Der Andrang ist nicht so groß.

Stadtv. Klemm: Ich kann der Auffassung, daß die Arbeit in Scharen aus der Kirche austreten, leider nicht zustimmen. Wie werden wir den Antrag eintreten.

Der Antrag wird gegen einige Stimmen angenommen.

Ohne mündliche Berichterstattung wird den Ausschuhantagen gemäß folgenden Vorlagen zugestimmt: Ausschaffung des Rates über künftiges Kaufmännisch-Berufliches Verfahren in den technischen Werken, und zwar: 1. Wegfall des Haushaltspolitik in der heutigen Form, 2. Feststellung und Verwendung der Überflüsse der Stadtwerke. Der Betriebs-, Finanz- und Verfassungsausschuß beantragt: der Vorlage mit der Tendenz zu ändern, daß auf Seite 3 Punkt 1 nach den Wörtern „Nach Schluß des Geschäftsjahrs“ eingefügt wird: „bis spätestens 1. September“ — Rückäußerung des Rates zu Konto 29 „Büro“ An. 16 „Wasserverbrauch (Stadtbad)“ und An. 17 „Dampferverbrauch (Stadtbad)“ des Haushaltspolitik für 1920/21 usw. Der Betriebsausschuß und die Mitglieder des Kollegiums im Baudienstauschuß beantragen: die beiden Anläufe nunmehr zu genehmigen, im übr

150 Ztr. Seefische
Kabeljau u. Seelachs
im Anschnitt ohne Abfall
das Pfund 1.40
reines Fleisch.
Das Billigste für die Hausfrau.
Alle anderen Sorten billigst.
Feinste Fettbücklinge 3.50
Marinierheringe 4.—
D.D., Nordsee Reichsstraße 25
Telephon 4218

Witschels Fischhaus 41a
Plagwitz, Zschochersche Str.
Aus heutigem Waggon empfiehlt:
Blaffr. Seelachs ohne Kopf 1.50
Blaffr. Lengfisch in ganzen 1.50
Blaffr. Schellfisch Fischen Pf. 1.50
im Anschnitt Pfund 1.70
Blaffr. Helgoland. Schellfisch Pfund 1.50
Diverse Räucherwaren und Marinaden
zu äussersten Tagespreisen.
Ia Kathreiners Tafelmargarine
Pfund 11.— Mk.

Billige Seefische
Kabeljau, Seelachs usw.
prima lebendfrische, topföse Ware
1 Pfund 1.80, 3 Pfund 5.00 Mf.
Schellfisch
mit und ohne Kopf
1 Pfund 2.00, 3 Pfund 5.50 Mf.
Johann Rutschka
Fleischwarenhandlung
Leipzig-Lindenau, Gnadorfer Straße 17.
Grüne Heringe treffen Sonnabend vorm. ein.

Billige Fleisch- und Wurstwaren
Pa. frisches Schweinefleisch
Pfund 14.00 Mark
Blut- und Leberwurst Pfund 12.00
Knack- und Mettwurst 16.00
Jagdwurst 14.00
Presskopf 14.00
Geräucherter Speck 10.00
Markthalle, Galerie, Stand 65.

Schweineschmalz reines Pf. 11.20
Rindstalg goldgelb Pf. 10.00
Speck Ia hohe weiße Kernware, geräuch. Pf. 13.50
Schinkenspeck geräuchert Pf. 13.50
Zelfmargarine 10.00 11.00
Brettljause 2.75 Gruppen 2.75
Rübchen, weiß 6.50 Rehleiste, Doppelj. 5.75
Abendroths Fettzentrale, Volk., Rabat 52
Schnedler, Schönefeld, Stettiner Straße 36.

Geyers billige Lebensmittel

Schweineschmalz	Pf. 11.25
Margarine, Würfel	Pf. 10.25
Rinderfett (Lale)	Pf. 10.50
Reis	2.25 Linsen 3.60
Grieß, weiß	2.90 Haferflocken 3.35
Preisselboerkompott, Hl.	Pf. 2.80
Milch, ungesüßert	Pf. 7.50
Vollheringe	3 Stück 2.00
Kernseife, Doppelriegel	3.90

Schönefeld, Paul-Heyse-Straße 30
Sellerhausen, Billowstrasse 41.....
Reudnitz, Kapellenstrasse 10.....
Kleinzschocher, Wigandstrasse 48.
Bei 5 Pfund Preiserhöhung.

Jetzt ist es Zeit!
Sommerhüte
für Damen
werden in meiner Hüttfabrik nach
neuesten Modellen schnell und
preiswert umgepresst
Elisabeth Schulze
Katharinenstrasse 13 und Königsplatz 7, Ecke Markhallenstrasse.

Billige Lebensmittel!

Rindertalg	Pfund	9.—
Margarine	Pfund	9.50
Schweineschmalz	Pfund	11.50

Haferflocken	Pfund	2.95
Viktoria-Erbsen	Pfund	1.75
Grüne Erbsen	Pfund	1.70
Rangoon-Bohnen	Pfund	1.10
Perlbohnen	Pfund	1.95
Maiskernpuder	Pfund	2.85
Vollreis	Pfund	2.50
Salz-Schnittbohnen 3 Pfund		2.—

Gesalzener fetter Speck	Pfund	12.50
Geräucherter Speck	Pfund	14.—
Corned beef 1½ engl. Pfund, Dose	Pfund	11.—

Ger. Erdnüsse	Pfund	7.20
Feigen	Pfund	5.—
Kakao garantiert rein	Pfund	16.50
Keksbruch Friedensqual, Pfund		10.50

Schnittspargel mittelstark, 2-Pfd.-Dose	10.20
Erbsen u. Karotten 2-Pfd.-Dose	7.75
Gemischtes Gemüse (Leipzg. Allelei) 2-Pfd.-Dose	7.90
Karotten gewürfelt 2-Pfd.-Dose	5.75
Brechbohnen 2-Pfd.-Dose	5.95



Gebrüder.

STÖTTERITZ!
Neue Kohlenkarten nimmt zur
prompten Lieferung frei Haus und
ab Lager gern an. Kohlenhandlung Hermann
Schilling, Leipzig-Stötteritz, Ecko-Günz- und
Schönbachstr. Tel. 1065 u. Sommerleder Str. 38.

Minlos süd
Waschpulver
Wie ein Mann hängen Millionen daran.
Garantiert Friedensqualität, wieder überall erschafflich, wo nicht, wende man sich an
E. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld
oder unsern Vertreter
E. Mühlhaupt, Leipzig, Hohenholzstr. 2
Bernhardstr. 8376.

Astoria

Windmühlenstr. 31 Fernruf 18195/96

Morgen Erstaufführung

Die Bestie im Menschen

Drama in 6 Akten nach dem Roman von
Emile Zola.

Heute letzter Tag:

Der Stier von Olivera

Universum

Rossplatz 6 (Café Bauer) Fernruf 18195/96

Morgen Erstaufführung

Hannerl und Ihre Liebhaber

Liebesreigen in 5 Bildern nach dem Roman von
R. H. Barisch.

Heute letzter Tag:

Lotte Neumann

Colosseum

Rossplatz 12-13 Fernruf 18195/96

Auf verbotenen Pfaden

Detektivdrama in 4 Akten.

Nenny Porten im 4 akt. Lustspiel

Die Fahrt ins Blaue

Heute letzter Tag:

Der schwarze Gast - Pola Negri

Kreide/Leim/Farben/Gips

Zement/Aneitzer/Pinsel/Schablonen
Fußbodenfarben u. Lacke/Terpenin

Firnis kauft man vorteilh. b. Feist, Rödelstr. 12, Tel. 40988

Straß. 1 u. s. Farbenanfert. Jd. Wunsch entsprech. I.

Rognak

40proz. Gl. 42 Mh.

Rum

Gl. 50 Mh.

empfiehlt
Leipzig-Plagwitz
L. O. Kaspar Nachf.

Strümpfe-Schürzen

Größte und billigste Bezugssquelle am Platze.

W. Weißer

Deutschl. Kirchstraße 20.

Achtung! Billig!

Salbei!, Blut- u. Leberwurst

1-kg-Büchse 18. Pf. 9 Mh.

la. Schweineschmalz

la. Ruh.-Butter-Marg. 11.50

la. Käferfisch 10. Mh.

Corned beef 12. Mh.

Gaufisch. Muri. Pf. 21 Mh.

Markthalle, Galerie St. 60.

M. Peister.



Krystall-Palast

Ab Freitag, den 4. März:

Der maskierte Schrecken

Fabelhaft spannender Detektiv-Film

In 6 Akten

Brutal

Hervorragendes Drama aus der Renn- und Sportwelt

In 4 Akten

Nur für Erwachsene über 18 Jahre! Nur für Erwachsene über 18 Jahre!

Nur bis Sonntag, den 6. März; ab Montag, den 7. März, bleiben unsere

Lichtspiele wegen Zirkus Busch bis auf weiteres geschlossen!

Wiedereröffnung: Ende April!

